Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 6. Juli 2023
Ausgabe 127
ru.muenchen.de
Als Newsletter oder Push-Nachricht unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› Kita, Schulen und Sport: Was die Stadt 2024 zusätzlich plant 4
› München fördert Mädchen- und Frauenfußball auch in Zukunft 5
› Stadt fördert Trend- und Actionsport weiter 7
› München bewirbt sich um Internationales Deutsches Turnfest 2029 8
› LGBTIQ*-Aufklärungsarbeit im Schul- und Bildungsbereich 9
› Informationskampagne zu K.-o.-Tropfen an Schulen beschlossen 11
› Der Luftreinhalteplan wirkt 12
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Ramersdorf 13
› Stadtrat beschließt Start der Planungen für Badesee in Freiham 14
› Baden und Boot fahren auf der Isar: Neue interaktive Karte online 16
› Bergson Kunstkraftwerk wird Zwischennutzer im Rathaus 17
› Bürgerfest im Prinz-Eugen-Park 19
› Geocaching, Kunst und Natur in der Parkmeile Feldmochinger Anger 19
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung 20
› PlanTreff: Innenstadt weiterdenken – Zwischenstand und Diskussion 20
› Bayerischer Verdienstorden 2023 für Dr. Mirjam Zadoff 21
› NS-Dokuzentrum lädt ein zur Lesung „Ein Ort namens Wut“ 22
› Vortrag „Lüften und temperieren mit Solar-Luftkollektoren“ 23
Antworten auf Stadtratsanfragen **24**
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise für Medien

Wiederholung
Freitag, 7. Juli, 11 Uhr, Max-Joseph-Platz
Eröffnung der Ausstellung ToleranzRäume mit einem Grußwort von Bürgermeisterin Katrin Habenschaden. Weitere Redner*innen sind Dr. Mirjam Zadoff, Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München, Dervis Hizarci, Vorstandsvorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Religiös begründeter Extremismus und der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, sowie Erkan Inan, Mitbegründer und Kurator von ausAR-Ten-Perspektivwechsel durch Kunst und Team Leader im Münchner Forum für Islam.
Achtung Redaktionen: Es wird um eine Akkreditierung per E-Mail an presse.nsdoku@muenchen.de gebeten.

Wiederholung
Freitag, 7. Juli, 18 Uhr, Tröpferlbad, Thalkirchner Straße 96
Stadträtin Dr. Evelyne Menges (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort anlässlich 40 Jahre Jugendtreff Tröpferlbad.

Samstag, 8. Juli, 14 Uhr, Wiese neben dem „Biberburg-Spielplatz" im Prinz-Eugen-Park
Bürgermeisterin Katrin Habenschaden eröffnet bei einem Bürgerfest gemeinsam mit Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer die neuen, rund zwölf Hektar großen öffentlichen Grünflächen im Prinz-Eugen-Park. Das Baureferat hat diese seit Juni 2021 neu angelegt. Der Baumbestand, die Wiesen und die vorhandenen Biotope wurden größtmöglich erhalten und weiterentwickelt.
Achtung Redaktionen: Medienvertreter*innen werden gebeten, sich bis Freitag, 7. Juli, 12 Uhr, per E-Mail an presse.bau@muenchen.de zu akkreditieren. Der Termin ist für Fotograf*innen geeignet.
(Siehe auch unter Meldungen)

Wiederholung
Montag, 10. Juli, 18 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus
Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt München an Doris Dörrie, Ernst Grube, Hannelore Kiethe, Hans Podiuk und Walter Zöller in Anerkennung ihrer herausragenden Verdienste um die Landeshauptstadt München. Die Ehrenbürger-Urkunden überreicht Oberbürgermeister Dieter Reiter im Rahmen eines Festakts.

Achtung Redaktionen: Zur Teilnahme an der Veranstaltung ist eine Akkreditierung bis Freitag, 7. Juli, per E-Mail an presseamt@muenchen.de erforderlich – mit Angabe von Namen, Medium und Telefonnummer.

Montag, 10. Juli, 17 bis 19 Uhr, Backstage, Reitknechtstraße 6
Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk, Anna Hanusch, Vorsitzende des Bezirksausschusses 9 Neuhausen-Nymphenburg, sowie Ralf Büschl, Vorsitzender des Beirats der Büschl Unternehmensgruppe, kündigen im Rahmen eines Eröffnungs-Events das fünftägige Designcamp an – der nächste Schritt im Beteiligungsprozess zur Paketposthalle, der von der Eigentümerin initiiert wurde. Außerdem werden Vertreter*innen des Büros urbanista aus Hamburg und This Is Really Happening aus München teilnehmen, sowie die britische Künstlerin Morag Myerscough. Anschließend findet ein Presserundgang statt, organisiert von textbau.media und moderiert von Marco Eisenack.

Dienstag, 11. Juli, 9 bis 13 Uhr, Großer Sitzungssaal des Rathauses
Bürgermeisterin Katrin Habenschaden und Mobilitätsreferent Georg Dunkel begrüßen Dr.-Ing. Ines Kawgan-Kagan, Geschäftsführerin AEM Institute for Accessible and Equitable Mobility Berlin, und Juliane Krause, plan&rat - Büro für kommunale Planung und Beratung Braunschweig, zum Stadtratshearing „Gender Planning in der Münchner Verkehrswende“. Nach den Fachvorträgen folgt eine moderierte Podiumsdiskussion zu den Fragen „Wie gelingt Gender Planning in der Verkehrswende? Welche Aufgaben werden dabei an die städtische Verwaltung und das Mobilitätssystem gestellt?“ der beiden Referentinnen zusammen mit Micky Wenngatz, Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, Nicole Lassal, Leiterin der Gleichstellungsstelle für Frauen, und Mobilitätsreferent Georg Dunkel.
Achtung Redaktionen: Um Anmeldung bis Montag, 10. Juli 2023, 12 Uhr, an presse.mor@muenchen.de wird gebeten.

Dienstag, 11. Juli, 16 Uhr, Gneisenaustraße 8
Bürgermeisterin Katrin Habenschaden spricht ein Grußwort zur 33-Jahrfeier der Anderwerk GmbH. Das Unternehmen der AWO betreibt als gemeinnützige Gesellschaft seit Beginn der 80er Jahre innovative und modellhafte Projekte der berufs- und arbeitsmarktbezogenen Sozialarbeit.
Ziel ist dabei, Menschen, die aufgrund sozialer und struktureller Umstände benachteiligt sind, in schwierigen Verhältnissen leben und/oder von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, so zu unterstützen, dass ihnen ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben möglich wird.

Dienstag, 11. Juli, 17 Uhr, Olympiapark
Bürgermeisterin Verena Dietl gibt den Startschuss für den B2Run Firmenlauf 2023. Beim B2Run gehen dieses Jahr zirka 1.300 Teams mit insgesamt rund 30.000 Teilnehmenden auf die sechs Kilometer lange Strecke durch den Olympiapark.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 13. Juli, 19 Uhr, Dreifachturnhalle der Grundschule am Bauhausplatz, Bauhausplatz 9 (rollstuhlgerecht)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 12 (Schwabing-Freimann), Bezirksteil Schwabing. Die Versammlungsleitung Stadträtin Anne Hübner, Vorsitzende der SPD/Volt-Fraktion, und der Bezirksausschussvorsitzende Patric Wolf informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Patric Wolf und in der Regel Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und Stadt-Information.

Meldungen

Kita, Schulen und Sport: Was die Stadt 2024 zusätzlich plant
(6.7.2023) Geld für den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen, Investitionen für die Bereitstellung von Kita-Plätzen und für sportliche Großereignisse bzw. Infrastruktur: Im kommenden Jahr plant das Referat für Bildung und Sport (RBS) Mehrausgaben in Höhe von 28,3 Millionen Euro. Demgegenüber stehen geplante Mehreinnahmen von rund 8,8 Millionen Euro. Über die geplanten Projekte und Vorhaben wurden die Ausschüsse für Bildung und Sport des Stadtrats jetzt informiert. Vorbehaltlich der Zustimmung für den Eckdatenbeschluss durch die Vollversammlung sollen in den Geschäftsbereichen des RBS 18 Schwerpunkt-Projekte angegangen werden.

Im Fokus dabei weiterhin: Der Aus- und Aufbau von Angeboten an städtischen Kitas und Grundschulen. So soll etwa die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich bedarfsgerecht ausgebaut werden. Besonderes Augenmerk liegt hier auf einer organisatorischen Stärkung der Kooperativen Ganztagsbildung. Damit die Träger ihre Aufgaben weiterhin im notwendigen Umfang erledigen können, werden für den städtischen Träger Verwaltungsstellen eingerichtet und die freien Träger mit Sachmitteln für diesen Bereich unterstützt.
Auch wegen des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz sind bei den Kindertagesstätten ebenfalls weitere Maßnahmen zum Personalerhalt und zur -gewinnung unabdingbar. Gut 230 bisher befristete Stellen unterschiedlicher Professionen in den Kindertagesstätten sollen im nächsten Jahr entfristet werden.
Im Jahr 2024 wird das RBS zudem eine großflächige Umstellung von städtischen Einrichtungen, in denen derzeit noch nicht frisch gekocht wird, auf 100 Prozent Frisch-Mischküche starten. Dafür sollen in einem ersten Schritt 134 städtische Kitas auf dieses Verpflegungssystem umgestellt werden. Um dies zu ermöglichen, muss zusätzliches Personal eingestellt und die notwendige Küchenausstattung beschafft werden.
Im Bereich der Allgemeinbildenden Schulen plant das RBS mit zusätzlichen Sachkosten in Höhe von knapp 1,5 Millionen Euro. Dafür soll vor allem die technische Ausstattung angeschafft werden, die für die vorgesehenen Experimente in den Fächern Chemie und Biologie im neuen LehrplanPLUS zur Oberstufe im G9 notwendig ist (u.a. Kolorimeter, Spektrometer, Temperatur-, Druck- und CO_2-Sensoren).
Im Sport steht nächstes Jahr die UEFA EURO 2024 an – das Großereignis wird den Haushalt einmalig und vom Stadtrad bereits genehmigt mit rund 12 Millionen Euro belasten. Auch für das Champions-League-Finale der Herren, das 2025 in München stattfinden wird, starten die ersten Vorbereitungen. Dafür sind nächstes Jahr genau 770.000 Euro veranschlagt. Für die Planung der Breitensportveranstaltung EuroGames, um deren Ausrichtung 2027 sich München derzeit bewirbt, werden 75.000 Euro benötigt.
Alle Actionsportfans können sich ebenfalls freuen: Durch den Umzug des EHC Red Bull München in die SAP-Arena wird das Olympiaeissportzentrum zur Zwischennutzung umgebaut. Unter anderem wird es Boulderwände, Parkour, Trampoline und Fitness-Stationen geben – das RBS rechnet mit Kosten von 1,7 Millionen Euro.

München fördert Mädchen- und Frauenfußball auch in Zukunft
(6.7.2023) Die Stadt München wird auch in den kommenden Jahren den Mädchen- und Frauenfußball fördern und dabei eng mit dem Bayerischen

Fußballverband zusammenarbeiten. Das hat der Sportausschuss des Stadtrats in seiner gestrigen Sitzung beschlossen.
Fußball ist vor allem bei Buben und Männern beliebt – das zeigen Befragungen und Auswertungen von Vereinsdaten, die das Referat für Bildung und Sport (RBS) durchgeführt hat. Insgesamt zeigen die Daten, dass im organisierten Kinder- und Jugendsport das Turnen mit 12.320 weiblichen Mitgliedern unter 18 Jahren deutlich die mitgliederstärkste Sportart darstellt – und Fußball erst nach dem Schwimmen auf Platz drei landet. Betrachtet man die durchschnittlichen Mitgliederzahlen im Hinblick auf Geschlecht und Sportarten über zehn Jahre, liegt Fußball in München bei Frauen sogar nur auf dem siebten Rang.
Mit mehreren Maßnahmen will die Stadt den Mädchen- und Frauenfußball nun in den kommenden Jahren weiter zielgenau und bedarfsgerecht fördern. So sollen noch in diesem Herbst die überarbeiteten Sportförderrichtlinien dem Stadtrat vorgelegt werden. Sie sollen weiterhin eine gezielte Förderung von Frauen und Mädchenteams in Mannschaftssportarten generell möglich machen. Auch durch den stetigen Ausbau von (Schul-)Sportflächen werden in den kommenden Jahren weitere, zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten für Mädchen- und Frauensportmannschaften entstehen.
Daneben soll auch ein Sportgroßereignis den Frauenfußball in der Stadt sichtbarer machen: Der Stadtrat hat das RBS beauftragt, die Ausrichtung des Champions League Finales der Frauen in München zu prüfen. Dazu wird sich das RBS demnächst mit dem FC Bayern München austauschen und die Bewerbungsfristen für die kommenden Ausschreibungen auf Umsetzbarkeit prüfen. Die Stadt verspricht sich mit dem „Finale dahoam“ einen hohen breitensportlichen Nutzen und eine spürbare Steigerung der weiblichen Mitgliederzahlen in den Münchner Vereinen.
Sportbürgermeisterin Verena Dietl: „Der Anteil weiblicher Mitglieder in Münchner Sportvereinen hat sich in den letzten zehn Jahren nicht erhöht – diesem Trend wollen wir entgegenwirken. Dazu gehört auch die passgenaue und zielgerichtete Förderung von Frauen- und Mädchenfußball. Neben den bereits bestehenden Förderungen wollen wir auch das „Finale dahoam“ der Champions League der Frauen in die Stadt holen. München kann damit auch dazu beitragen, dass die Förderung in den Vereinen ausgebaut wird.“
Sportreferent Florian Kraus: „Die Stadt unterstützt bereits seit 2020 die Stelle eines Amateurfußball-Koordinators beim BFV, um unter anderem auch für den Mädchenfußball bessere Grundlagen zu schaffen. Neben der Förderung des Mädchen- und Frauenfußballs im Speziellen bedarf es noch mehr auch der konsequenten Gleichstellung von Mädchen und Frauen in allen Sportarten und Bewegungsformen.“

Stadt fördert Trend- und Actionsport weiter

(6.7.2023) Trend- und Actionsportarten stoßen bei der Münchner Bevölkerung auf großes Interesse. Diese Entwicklung fördert die Stadt München seit Jahren kontinuierlich. Der Sportausschuss des Stadtrats hat jetzt beschlossen, die immer beliebter werdenden Sportarten auch in Zukunft weiterhin finanziell zu unterstützen. Die Stadt plant mit der Errichtung bzw. der Sanierung von Sportstätten, Sportarten wie Skateboarding, Bouldern Parkour oder BMX einen festen Platz im Stadtgebiet und der Stadtgesellschaft zu schaffen. Die folgenden Bau- bzw. Sanierungsprojekte und Maßnahmen sind Teil eines umfassenden Konzepts, das den Anspruch der Sportstadt München unterstreicht, dem Trend- und Actionsport eine Heimat zu bieten. Das Ziel ist, für alle Sportler*innen die Möglichkeit zu schaffen, ihrer Sportart und Leidenschaft wetterunabhängig das ganze Jahr über nachgehen zu können. Neben Neubauten von Sportstätten müssen auch kreative Lösungen gefunden werden, wie z.B. bestehende Gebäude zwischenzunutzen. Für die Sanierung der Eggenfabrik hat der Stadtrat bereits die Ausführungsgenehmigung für den ersten Bauabschnitt des Actionsportzentrums in Pasing im März 2023 erteilt und die prognostizierten Ausführungskosten in Höhe von zwölf Millionen Euro genehmigt.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt zur Förderung des Trend- und Actionsports ist die Zwischennutzung des Olympia-Eissportzentrums, um ein weiteres Angebot für Actionsportarten wie Bouldern, Ninja Warrior, Parkour oder Trampoline zu schaffen. Die Kosten für den Umbau und die Ersteinrichtung der Halle werden von der Landeshauptstadt übernommen. Zudem soll die einzige Parkour-Halle in München, das ErlebnisKraftwerk im Werksviertel, erhalten bleiben und finanziell unterstützt werden. Es dient der Parkour-Community als Heimat und spielt eine wichtige Rolle bei der Etablierung der Sportart Parkour in München.

Für die Förderung von Maßnahmen im Trend- und Actionsport wurde ab 2016 dauerhaft ein jährliches Budget in Höhe von 150.000 Euro eingerichtet, das ab 2022 auf 200.000 Euro pro Jahr erhöht wurde. Die Finanzierung der Maßnahmen wird bis mindestens 2026 weitergeführt. Damit konnte das Referat für Bildung und Sport (RBS) neben den fortlaufenden Maßnahmen erstmals kleine öffentliche Sportstättenprojekte wie die Skateboardfläche des Skateboarding München e.V. in der Fußgängerunterführung Arnulfstraße /Seidlstraße, die Boulderwände „Dicker Hans“ und „Prächtige Perla“ des Kraxlkollektivs oder die Surfwelle an der Floßlände der Interessengemeinschaft „Surfen in München e.V.“ unterstützen.

Dem RBS ist es gelungen, durch die Etablierung und Weiterentwicklung der Actionsportmaßnahmen wie z.B. „1st Try Skateboard Schulworkshops“, „Streetball“, „Parkour on Tour“ und „Skatepark Mobil“ viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene zum Actionsport zu bewegen. So

nahmen an schulischen Sportangeboten rund 1.700 Schüler*innen, an niederschwelligen und kostenlosen Sportprogrammen auf Grünanlagen rund 5.200 Kinder, Jugendliche und Erwachsene, am Feriensportprogramm rund 3.500 Kinder und Jugendliche und in Sportstätten speziell für Trend- und Actionsportarten 13.900 Sportler*innen teil.
Durch die Absage der Veranstaltung „Oktoberfest Rugby 7s" für das Jahr 2023 werden einmalig zusätzliche Finanzmittel aus dem Haushalt in Höhe von 225.000 Euro frei. Mit diesem Budget werden neue Projekte angestoßen. So wird aktuell eine Machbarkeitsstudie am Fröttmaninger Berg durchgeführt, um die Ausstattung mit neuen Mountainbike Trails zu prüfen. Es sollen Strecken für Anfänger*innen und Fortgeschrittene entstehen. Zudem werden folgende Maßnahmen für eine mögliche Förderung durch die Sportförderrichtlinien geprüft: die öffentliche Boulderwand „Riesige Rosi" in der Fußgängerunterführung Rosenheimer Straße / Kirchseeoner Straße, ein Beachvolleyball-Angebot auf der Theresienwiese sowie weitere Sportangebote zur Bewegungsförderung von Kindern und Jugendlichen.
Sportbürgermeisterin Verena Dietl: „Die Förderung des Trend- und Actionsports liegt mir seit Jahren sehr am Herzen. Mit den geplanten Bauprojekten werden wir den Action-Sportler*innen in München in Zukunft eine Heimat bieten können. Mit den bereits umgesetzten und den neu angestoßenen Maßnahmen wird die Landeshauptstadt München allen Sportbegeisterten noch mehr attraktive Möglichkeiten bieten, um ihre Leidenschaft auszuleben oder neue Sportarten auszuprobieren."
Sportreferent Florian Kraus: „Die Unterstützung des Breitensports ist ein zentrales Anliegen von mir. Angesichts der stetig wachsenden Stadtbevölkerung ist es wichtig, auch das Sport-Angebot für unsere Bürger*innen kontinuierlich auszubauen. Unser Ziel muss es sein, dass alle Münchner*innen bei jedem Wetter und zu jeder Jahreszeit ihrer Sportart nachgehen können. Dabei ist das umfassende Konzept zur Stärkung des Trend- und Actionsports ein weiterer Schritt, um diesem Anspruch gerecht zu werden."

München bewirbt sich um Internationales Deutsches Turnfest 2029
(6.7.2023) Der Stadtrat hat jetzt der Bewerbung Münchens um die Ausrichtung des Internationalen Deutschen Turnfestes (IDT) im Jahr 2029 zugestimmt. Damit können alle Bewerbungsunterlagen für den Deutschen Turner-Bund (DTB) vorbereitet werden. Eine Entscheidung über die Ausrichtung könnte bereits Ende 2023 fallen.
Das Deutsche Turnfest ist die weltweit größte Sportveranstaltung, die Spitzen- und Breitensport vereint. Der Schwerpunkt liegt auf dem Breitensport, flankiert von Wettkämpfen zu den Deutschen Meisterschaften in jeglichen Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen bis zu Senior*in-

nen. Von Kinderturnen bis zum Programm für Ältere vereinen sich beim Turnfest alle Generationen. Das dabei erwartete Teilnehmerfeld von jungen Athlet*innen ist einmalig. Zum Event werden 100.000 Teilnehmer*innen und 350.000 Zuschauer*innen erwartet, bei der Umsetzung würden 6.000 Volunteers helfen.
Die Bewerbung Münchens für das Turnfest 2029 umfasst die weltweit einzigartige, nachhaltige Nutzung der Sportstätten im Münchner Olympiapark. Die Wettkämpfe sollen im gesamten Olympiapark, vom Olympiastadion bis zur Olympiahalle sowie in großen Schulkomplexen und auf Sportstätten der Stadt München, wie dem Dante-Stadion oder dem Dantebad, stattfinden. Neben den Wettkämpfen in verschiedenen Sportarten wird das Fest des Breitensports für alle von einem bunten und vielfältigen Rahmenprogramm begleitet – geplant sind Workshops, Seminare, eine Turnfestmeile, eine Turnfestgala, eine Kinderturnshow und eine Turnfestmesse.
Bürgermeisterin Verena Dietl: „Turnen ist vor Fußball, Tennis und Schwimmen die beliebteste Sportart in der Landeshauptstadt München. Deswegen ist es für mich und viele Sportinteressierte wichtig, diesen Trend aufrechtzuerhalten und die Vereinslandschaft weiter zu stärken. Nach den Europameisterschaften im Fußball und Handball, dem NFL-Spiel oder dem Champions-League-Finale in der Allianz Arena wäre das Internationale Deutsche Turnfest die logische Fortsetzung für Sportgroßereignisse in München."
Sportreferent Florian Kraus: „Die European Championships 2022 haben eine großartige Stimmung in der Münchner Bevölkerung ausgelöst und uns einen unvergesslichen Sommer in der Stadt beschert. Das nachhaltige Konzept der Veranstaltung im Olympiapark soll auch der nachhaltige Ansatz und die Grundlage für das Internationale Deutsche Turnfest 2029 sein. Dann könnten wir 100.000 Teilnehmer*innen und 350.000 Zuschauer*innen in München begrüßen – eine großartige Vorstellung."
Das Turnfest ist eine einzigartige Gelegenheit für Sportler*innen und Sportbegeisterte aus aller Welt, sich zu treffen, auszutauschen und gemeinsam Sport zu treiben. München war bereits im Jahr 1998 sehr erfolgreiche Gastgeberin des Internationalen Deutschen Turnfestes. Damals nahmen rekordverdächtige 100.000 Aktive teil.

LGBTIQ*-Aufklärungsarbeit im Schul- und Bildungsbereich
(6.7.2023) Schulen und Kitas als zentrale Lern- und Lebensräume sollten ein Klima schaffen, in dem sich alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen gut entwickeln können und vor Benachteiligungen, Ungleichheiten und Gewalt geschützt sind. Viele Studien haben jedoch gezeigt, dass dies für junge LGBTIQ*-Kinder und -Jugendliche in Deutschland noch nicht gelingt. Das Referat für Bildung und Sport hat dem Stadtrat in der Sitzung

des Bildungsausschusses nun die vorhandenen Maßnahmen der LGBTIQ*-Aufklärungsarbeit im Schul- und Bildungsbereich umfassend dargestellt, um zukünftige Handlungsfelder identifizieren zu können. Dazu gehören Beratungs- und Unterstützungsangebote für pädagogische Fachkräfte, Bildungseinrichtungen, Familien sowie Aufklärungsprojekte oder von Einzelschulen umgesetzte Maßnahmen.
Insbesondere wurden im Referat für Bildung und Sport auf Basis der vorausgegangenen Beschlüsse des Stadtrats eine Stelle „Koordinierung LGBTIQ* Schule“ sowie eine Koordinationsstelle im Geschäftsbereich KITA eingerichtet. Aufgaben der Koordinator*innen sind fachliche Beratung und Austausch zum Thema LGBTIQ* für alle Mitarbeiter*innen, Koordination von Fort- und Weiterbildungen, die Kooperation mit Einrichtungen der Community sowie Netzwerkarbeit. Außerdem werden praxisbezogene Konzepte und Materialien zum Thema LGBTIQ* entwickelt und umgesetzt. Seit dem Start des Koordinators LGBTIQ* Schule im August 2022 wurden bereits verschiedene Maßnahmen umgesetzt, unter anderem eine Befragung an den städtischen Münchner Schulen.
Ein wesentliches Ziel der Arbeit ist dabei, dass lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Kinder und Jugendliche Anerkennung erfahren und Gleichstellung erleben. Die Schulen erhalten dazu neben einer Erstberatung auch Informations- und Unterrichtsmaterialien zu den Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt.
Vom Pädagogischen Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement werden bereits verschiedene Fortbildungen und Veranstaltungen zu Themen geschlechtlicher und sexueller Identität sowie zu Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung angeboten. Zielgruppen sind Lehrkräfte aller Schularten, Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung, in der Jugendarbeit und in der Schulsozialarbeit sowie Schulpsycholog*innen.
Ein weiterer Baustein sind die Mädchen- und Jungenbeauftragten an den Städtischen Gymnasien, Realschulen und Schulen besonderer Art bzw. Beauftragte für junge Frauen oder Beauftragte für junge Männer an Beruflichen Schulen. Sie bringen im Rahmen geschlechtergerechter Pädagogik die LGBTIQ*-Thematik an der jeweils eigenen Schule ein.
Es gibt zudem zahlreiche von einzelnen Schulen umgesetzte Maßnahmen und Projekte. So wurden beispielsweise das Fotoprojekt „Religion und LGBT – ein Spannungsverhältnis“ mit anschließender Ausstellung oder Filmprojekte über Diskriminierung, Ausgrenzung und Coming-out durchgeführt. Zur Verankerung von LGBTIQ* im Schulprofil wurden an einigen Schulen auch queere Arbeitsgemeinschaften eingerichtet.
Bürgermeisterin Verena Dietl: „Alle jungen Menschen sollen gleichermaßen die Möglichkeit erhalten, dass sie sich individuell entwickeln können und vor Diskriminierung geschützt werden. Ziel ist es, dass LGBTIQ*-Kin-

der und -Jugendliche Anerkennung erfahren und Gleichstellung erleben. Daher wollen wir die Anstrengungen zur Aufklärung im Schul- und Bildungsbereich weiter verstärken. Die Übersicht zu bereits bestehenden Projekten ist dafür eine wichtige Voraussetzung."
Stadtschulrat Florian Kraus: „Schulen und auch Kindertageseinrichtungen sind für junge Menschen neben der Familie die zentralen Orte der Sozialisation. Obwohl bereits viele Maßnahmen zur LGBTIQ*-Aufklärungsarbeit durchgeführt wurden, bleibt dennoch die Aufgabe, das Thema der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt besonders an den Schulen zu verstetigen."

Informationskampagne zu K.-o.-Tropfen an Schulen beschlossen
(6.7.2023) Sogenannte K.-o.-Tropfen werden häufig in Diskotheken oder auf Partys eingesetzt, wenn Alkohol getrunken wird. Personen, denen solche K.-o.-Tropfen verabreicht wurden, berichten von Erinnerungsverlusten und wissen nicht mehr, wann sie mit wem wohin gingen oder wie und von wem sie wohin gebracht wurden. Mädchen und Frauen sind häufiger betroffen als Jungen und Männer. Laut Auskunft des Polizeipräsidiums München bewegen sich die angezeigten Delikte mit dem Schlagwort „K.-o.-Tropfen" seit 2014 auf ähnlichem Niveau. Zudem gibt es eine hohe Dunkelziffer, da die Nachweisdauer nur wenige Stunden beträgt und eine hohe Hemmschwelle für eine Anzeige sowie fehlendes Wissen über Hilfsnetzwerke hinzukommen.
Das Referat für Bildung und Sport wird daher eine Informationskampagne zu diesem Thema an den weiterführenden Schulen durchführen. Das hat der Bildungsausschuss des Stadtrats jetzt beschlossen. Zentrales Ziel der Informationskampagne ist es zu verhindern, dass junge Menschen unter Anwendung von K.-o.-Tropfen Opfer von vor allem sexueller Gewalt werden. Jugendliche, aber auch Eltern, Lehrkräfte und pädagogische oder psychologische Fachkräfte an Schulen sollen hier besonders sensibilisiert werden. Durch die geplanten Maßnahmen wird die Lücke der Lebenswelt Schule bei diesem Thema geschlossen.
In München existiert bereits eine Vielzahl von Aktionen zur Prävention beim Thema K.-o.-Tropfen und die jeweiligen Träger verfügen über eine hohe Expertise. Daher soll die Informationskampagne in Abstimmung mit externen Partnern erarbeitet werden und an Maßnahmen anknüpfen, die sich in der Praxis bewährt haben. Die entstehenden Kosten werden aus vorhandenen Mitteln des Referats für Bildung und Sport getragen. Zusätzlich zu den geplanten Aktivitäten im Rahmen der Kampagne können die Schulen in eigener Verantwortung mit ihren Schulbudgets Maßnahmen von externen Trägern finanzieren.

Der Luftreinhalteplan wirkt

(6.7.2023 – teilweise voraus) Dem Referat für Klima- und Umweltschutz (RKU) liegen aktuelle Stickstoffdioxid-Messwerte bis einschließlich Mai 2023 vor. Auf der darauf aufbauenden gutachterlichen Prognose wird das RKU dem Stadtrat in seiner Sitzung am 26. Juli eine vorläufige Aussetzung der zweiten und eine Streichung der dritten Stufe des Dieselfahrverbots vorschlagen. Eine endgültige Entscheidung über die Notwendigkeit der zweiten Stufe ist auf Basis der Messwerte des Jahres 2023 für Mai 2024 geplant.

Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz: „Unser Luftreinhalteplan wirkt. Der ausgehandelte Stufenplan war richtig, denn er gibt uns die Möglichkeit, immer nur die unbedingt notwendigen Schritte vorzunehmen. Eine weitere Verschärfung wäre auf Basis der erfreulichen Immissionsentwicklung unverhältnismäßig und der Stadtgesellschaft nicht zuzumuten."

Aktuell vorliegende gemessene Mittelwerte 2023 an den vier besonders im Fokus stehenden Standorten:

- LÜB-Landshuter Allee (LfU, 3. Juli 2023): 43 µg/m³
- Landshuter Allee Nord (Passivsammler LfU, einschl. März 2023): 40 µg/m³
- Tegernseer Landstraße 150 (Passivsammler LHM, einschl. Mai 2023): 38 µg/m³
- Leuchtenbergring (Passivsammler LHM, einschl. Mai 2023): 34 µg/m³

Eine Übersicht aller Mittelwerte ist veröffentlicht unter *https://t1p.de/mittelwerte*.

Gutachterliche Prognose

Auf Basis der vorliegenden Messergebnisse hat das vom RKU beauftragte und vom LfU unterstützte Gutachterteam kurzfristig eine vorläufige Prognose für die vier relevanten Standorte erstellt. Demnach würde der gesetzliche Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid (40 µg/m³) im Jahr 2024 bei Beibehaltung der aktuell gültigen Stufe 1 an allen vier Standorten eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund erachtet das RKU die für 1. Oktober 2023 im Luftreinhalteplan vorgesehene Verschärfung für nicht verhältnismäßig. Die Prognose sagt allerdings auch eine Überschreitung des Grenzwerts im Jahr 2023 voraus, weshalb nach Auffassung des RKU die aktuell gültige Stufe 1 zwingend weiterhin Bestand haben muss.

Bisherige Regelungen des Dieselfahrverbots

Aktuell gültige Stufe 1: Die erste Maßnahmenstufe des Dieselfahrverbots für Fahrzeuge der Abgasnormen Euro 4/IV und schlechter gilt seit 1. Februar 2023 in der um den Mittleren Ring erweiterten Umweltzone. Es gilt in dieser Stufe eine generelle Ausnahme mittels Beschilderung für Anwohner*innen, und Lieferverkehr. Darüber hinaus gelten umfassende

Ausnahmen per Allgemeinverfügung sowie gesetzliche Vorgaben beispielsweise für Schwerbehinderte mit einem Schwerbehinderten-Parkausweis. Zudem können Einzelausnahmen zum Dieselfahrverbot gemäß § 1 Absatz 2 der 35. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) für besondere Fahrtzwecke im Kreisverwaltungsreferat beantragt werden.
Stufe 2 und 3: Mit Stufe 2 war eine Ausweitung auf Dieselfahrzeuge der Abgasnorm Euro 5/V und schlechter bei Beibehaltung der Ausnahmeregelungen der Stufe 1 vorgesehen. Mit Stufe 3 würden die pauschalen Ausnahmen für Anwohner*innen und Lieferverkehr entfallen.
Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz: „Die Unterstellung, die Verwaltung habe durch fehlerhafte Prognosen die Bürger*innen verunsichert, weise ich entschieden zurück. Alle Mitarbeitenden haben mit hoher fachlicher Kompetenz gearbeitet. Die Prognosen für die Aufstellung von Luftreinhalteplänen sind gesetzlich reguliert und basieren auf DIN-Normen. Dazu gehört unter anderem auch, dass keine lokale Flottenzusammensetzung verwendet werden darf. Stattdessen muss die deutsche Fahrzeugflotte vom Kraftfahrbundesamt als Berechnungsbasis herangezogen werden. Dies ist per Gerichtsurteil vorgegeben. Die tatsächlichen Messwerte des Jahres 2022 haben die zuvor gutachterlich prognostizierten Werte für 2022 bestätigt."

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Ramersdorf
(6.7.2023) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 16 (Ramersdorf-Perlach) mit, dass die Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirks am Donnerstag, 20. Juli, 19 Uhr, in der Dreifachturnhalle der Grundschule, An der Führichstraße 53, stattfindet.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Professor Dr. Jörg Hoffmann, Vorsitzender der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion. Zu Beginn informieren die Versammlungsleitung und der Bezirksausschussvorsitzende Thomas Kauer über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk. Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:
1. Trambetriebshof Lauensteinstraße/Ständlerstraße – Aktueller Sachstand
2. Trambahnlinie Ostbahnhof – Ramersdorf – Neuperlach – Aktueller Sachstand
3. Geothermieanlage Michaelibad – Aktueller Sachstand
4. Entwicklung Ortskern Ramersdorf – Aktueller Sachstand

Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion,

Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Thomas Kauer und in der Regel Seniorenbeirat, Polizeiinspektion und Stadt-Information.

Anträge, Anfragen und Abstimmungen

Anträge und Anfragen sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das Formular hierfür und weitere Infos finden sich unter *www.muenchen.de/buergerversammlung*. Das Formular wird auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Alle Besucher*innen, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger*in ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 5, 13, 14, 15, 16 und 17, Friedenstraße 40, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls können in der Geschäftsstelle die Sitzungsvorlagen des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zur Behandlung der Anträge eingesehen werden.

Zudem kann unter *www.muenchen.de/newsletter-bv* ein Newsletter zum jeweiligen Stadtbezirk abonniert werden, der aktuell über die Bürgerversammlung informiert.

Barrierefreiheit

Ein Gebärdensprachdolmetscherdienst steht zur Verfügung. Der Versammlungsort ist rollstuhlgerecht. Erklärungen zu der Bürgerversammlung in Leichter Sprache gibt es unter *https://stadt.muenchen.de/leichte-sprache/infos/buerger-versammlung-ls.html*.

Stadtrat beschließt Start der Planungen für Badesee in Freiham

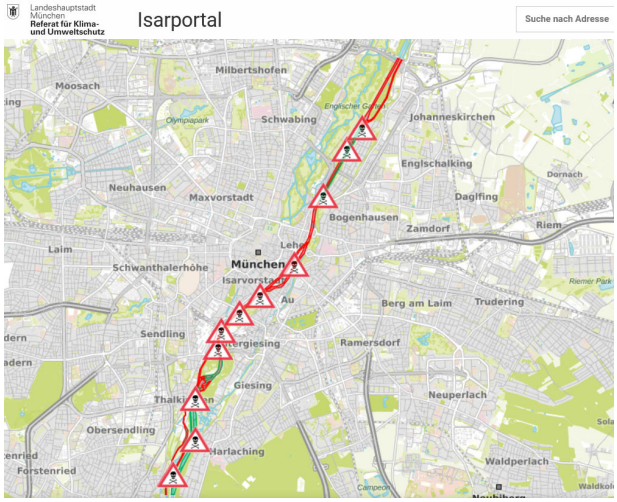
(6.7.2023) Gute Nachricht für den Münchner Westen: Die Sehnsucht nach einem Badesee geht in Erfüllung. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie wurden heute im Kommunalausschuss des Stadtrats vorgestellt.

Für die Umsetzung eines Badesees wurde ein Grundstück westlich der Autobahn A99 zwischen Germering und Freiham geprüft. Die Gesamtgröße der Fläche beläuft sich auf rund 20,5 Hektar, die etwa zu gleichen Teilen im Eigentum der Stadt und des Zweckverbands Freiham stehen. Geplant ist, das Areal durch einen ansässigen Kieswerksbetrieb auskiesen zu lassen (Dauer: ca. 4-5 Jahre) und damit den Badesee zu ermöglichen.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurde u.a. überprüft, wie sich Raumplanung und Naturschutz (Hydrologie, Natur- und Artenschutz, Immissionsschutz, etc.) mit einem Badesee vereinbaren lassen. Das Vorhaben wird bei Umsetzung einiger vorgeschlagener, notwendiger Maßnahmen für die

Belange des (Boden-)Denkmal-, Schall- und Artenschutzes als machbar eingestuft.
Es wurden drei Varianten untersucht. Die Machbarkeitsstudie hat gezeigt, dass in allen drei Varianten ein Badesee an dieser Stelle geschaffen werden könnte. Um bei optimierter Erholungsnutzung die geringste Lärmbelastung sicherzustellen, wird empfohlen, Variante 3 umzusetzen. Diese beinhaltet eine Seefläche inklusive Kiesstrand und Liegewiese von rund 14,3 Hektar. Hier stehen großzügige und vielfältige Grünflächen und Uferbereiche für die Besucher*innen des Sees zur Verfügung.
Als nächster Schritt werden das Kommunalreferat und der Zweckverband Freiham einen Nachtrag zum Mietvertrag mit dem ansässigen Kiesunternehmen verhandeln, der den Kiesabbau ermöglicht und die Modellierung des Geländes zum Badesee regelt. Außerdem wurde heute beschlossen, dass das Kommunalreferat gemeinsam mit dem Planungsreferat und dem Baureferat – unter Einbindung von Stadtrat und Bezirksausschuss – die Sicherung des Badesees und der Herstellung seiner Grünanlagen und Freiflächen prüft und einleitet. Zudem soll das Transportbetonwerk für die Inbetriebnahme des Badesees verlegt werden.
Bürgermeisterin Verena Dietl: „Nur wenige Flächen in den Münchner Randbereichen eignen sich bezüglich Größe und Anbindung für die Neuanlage eines Badesees. Deswegen freue ich mich als Verbandsvorsitzende des Zweckverbands Freiham, dass sich hier die große Chance für den Münchner Westen ergibt. Ein Badesee würde das neue Quartier in Freiham als auch der Nachbarstadt Germering deutlich aufwerten."
Kommunalreferentin Kristina Frank: „Jeder erlebt gerade wieder an den Münchner Seen, wie sie überquellen. Liegewiesen, Parkplätze und Straßen sind verstopft. Der Münchner Westen wächst unaufhaltsam. Immer mehr Erholungssuchende kommen hinzu. Es braucht dringend einen zusätzlichen Badesee, um sie aufzunehmen. Als neue Ruhe- und Freizeitoase eignet sich der untersuchte Standort in direkter Nachbarschaft hervorragend. Das vorgesehene Gelände ist gut an Freiham und Germering angebunden – bequem zu Fuß, mit dem Rad oder der S-Bahn zu erreichen."

Baden und Boot fahren auf der Isar: Neue interaktive Karte online
(6.7.2023) Das Baden und Bootfahren in und auf der Isar erfreut sich im Sommer großer Beliebtheit. Damit diese Freizeitaktivitäten auch wirklich genossen werden können und sich niemand unnötigerweise in Gefahr bringt, hat das Referat für Klima- und Umweltschutz (RKU) eine interaktive Karte entwickelt, die unter *https://geoportal.muenchen.de/portal/isar* darauf hinweist, wo das Baden und Bootfahren erlaubt ist und wo sich Gefahrenstellen befinden.



Grundsätzlich gilt: Vorsicht beim Bootfahren
Die Isar ist und bleibt ein Wildfluss. Auch bei strahlendem Sonnenschein und niedrigen Wasserständen ist besondere Vorsicht geboten. Strudel, Wasserwalzen, Wehranlagen sowie große Steine und Wurzeln unter der Wasseroberfläche sind vom Boot aus nicht immer erkennbar. Nach der geltenden Bade- und Bootverordnung ist das Bootfahren grundsätzlich nur bis zu den Bootshäusern auf Höhe der Thalkirchner Brücke erlaubt.
Einfache Badeboote und Schwimminseln ohne Paddel sind ungeeignet. Das RKU empfiehlt darüber hinaus, immer eine Schwimmweste zu tragen, dies gilt besonders für Kinder. Auch Helme sind ein sinnvoller Schutz.

Achtung Hochwasser und Alkoholgenuss
Bei und nach Hochwasser – erkennbar an starker Strömung und trübem Wasser – sollte die Isar nicht mit Booten befahren werden. Geeignete Ausstiegsstellen können überflutet sein, angeschwemmtes Treibgut kann Boote beschädigen, das Paddeln erfordert wesentlich mehr Kraft. Auch die Verletzungsgefahr beim Schwimmen steigt, die Wasserqualität sinkt. Über die aktuellen Wasserstände kann man sich beim Hochwassernachrichtendienst informieren unter *www.hnd.bayern.de/pegel/isar*.

Außerdem gilt: Für den uneingeschränkten Naturgenuss und zur eigenen Sicherheit und der von anderen sollte beim Baden und Bootfahren auf Alkohol verzichtet werden.

Natur und Tiere schützen

Der Isarraum lädt ein zum Spazierengehen, Verweilen, Beobachten und Entdecken, zur Muße und Erholung. Ein naturbewusstes Verhalten der Besucher*innen ist notwendig und meist auch selbstverständlich, da sich nur so der hohe Wert des Isarraumes langfristig erhalten lässt.

Der städtische Isarraum ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen, das sich im Landkreis München nach Norden und Süden fortsetzt. Am Flaucher und im Bereich der Museums- und Praterinsel hat die Isar ihren Wildflusscharakter bewahrt, was durch die bei Hochwasser immer wieder stattfindende Verlagerung der Kiesbänke sichtbar wird. Gehölzfreie Wiesenflächen im Hochwasserbett, magere und trockene Standorte an den Dämmen, artenreiche Gehölzsäume sowie an feuchte Verhältnisse angepasste auwaldartige Bestände bieten einer Vielzahl von zum Teil seltenen Tieren und Pflanzen Lebensraum. So findet sich zum Beispiel die Wasseramsel in den Bereichen, in denen das Wasser besonders sauber und beispielsweise durch kleine Abstürze auch besonders sauerstoffreich ist. In den Wäldern kommen sogar Orchideen vor.

Bergson Kunstkraftwerk wird Zwischennutzer im Rathaus

(6.7.2023) Das Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft hat die ehemaligen Räume von „Sport Münzinger“ im Rathaus an die Bergson GmbH zur Zwischennutzung von Juli bis Dezember 2023 vergeben. Darauf hat sich das Vergabegremium nach Sichtung der eingereichten Konzepte und Bewertung hinsichtlich der Vergabekriterien wie Innovationsgehalt, Vernetzungsdynamik oder Ausschöpfung des Potenzials der Innenstadtlage geeinigt. Geplant ist eine interaktive Pop-up-Kunst- und Kulturstätte mit Verbindung zum geplanten Bergson Kunstkraftwerk in Aubing, das im Januar 2024 eröffnet werden soll. Das Konzept der Zwischennutzung umfasst die Bereiche Musik, zeitgenössische und bildende Kunst, Media sowie Veranstaltungen und Events.

In der Kunst- und Kulturstätte sind auf 650 Quadratmetern und drei Stockwerken verschiedene Themenwelten geplant. Um die Sichtbarkeit der lokalen und regionalen Musikszene zu fördern, wird es einen digitalen Präsentationsraum, Mitmachprojekte und lokale Produktionen vor Ort geben. Gleiches gilt für den Bereich der lokalen zeitgenössischen und darstellenden Kunst. Auch hier sind partizipative Formate, Austauschplattformen sowie eine Galerie vorgesehen, in der Kunstwerke lokaler und regionaler Künstler*innen präsentiert und verkauft werden. Ebenso werden regelmä-

ßig Konzerte sowie Veranstaltungen und Vernetzungsformate im Bereich Literatur und Kleinkunst stattfinden.
Die Produktion und Ausstrahlung eines regelmäßigen Live-Formats soll den Blick auf die Arbeit der Kultur- und Kreativschaffenden zusätzlich nach außen tragen und den Dialog mit der Community auch über die Grenzen Münchens ermöglichen. Abgerundet wird das Konzept durch ein kleines gastronomisches Angebot mit lokalen Produkten.
Clemens Baumgärtner, Referent für Arbeit und Wirtschaft: „Ich freue mich sehr, dass wir mit dem Bergson Pop-up einen weiteren kulturellen Magneten direkt in der Münchner Innenstadt erhalten, der unsere inspirierende, kreative Kraft in München – aber auch darüber hinaus – sichtbar macht."
Kommunalreferentin Kristina Frank: „Ich finde es großartig, dass wir mit der Bereitstellung dieser attraktiven Fläche die lokale Kultur- und Kreativwirtschaft unterstützen konnten. Gerade das Zusammentreffen unterschiedlicher Kunst- und Kulturgattungen an diesem zentralen Ort wird eine spannende Dynamik erzeugen."
Kulturreferent Anton Biebl: „Mit dem Bergson Pop-up Showroom bekommt München einen innovativen Kunst- und Kulturort, der durch die vielen partizipativen Formate eine enge Verbindung zwischen lokaler Kulturszene und Münchner Bürger*innen schafft. Ich bin gespannt, inwieweit wir bereits einen programmlichen Ausblick auf das Bergson Kunstkraftwerk in Aubing bekommen, das Anfang 2024 an den Start gehen wird."
Bergson-Geschäftsführer Michael Amberger: „Wir sind sehr glücklich, dass wir alle Kompetenzen, die wir bereits im Team haben und die sich bis zur Eröffnung des Bergson noch in der Theorie bewegen müssen, nun schon vorab mitten in München am Marienplatz präsentieren dürfen."
Ermöglicht wird die Zwischennutzung durch das Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Kommunalreferat und dem Kulturreferat.

Über das Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft

Das Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft der Stadt München ist die zentrale Anlaufstelle für alle kultur- und kreativschaffenden Unternehmer*innen und Selbständigen in München – mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft zu verbessern. Das Team bietet kostenlose Beratungen bei unternehmerischen Herausforderungen, organisiert Qualifizierungsformate, vernetzt mit anderen Kreativunternehmen, Branchen oder Institutionen. Zudem sind die Verbesserung der Sichtbarkeit der Kultur- und Kreativbranche, die Stärkung der internationalen Präsenz und die Unterstützung bei der Suche nach leistbaren Räumen wichtige Handlungsfelder. Ein wichtiges Instrument zur Förderung der Münchner Kultur- und Kreativwirtschaft sind insbesondere Zwischennutzungen, die immer wieder Experimentierräume öffnen.

Informationen im Internet unter *www.kreativ-muenchen-crowdfunding.de* und *www.munichcreativeheartbeat.de*.

Bürgerfest im Prinz-Eugen-Park
(6.7.2023) Das neue Stadtquartier Prinz-Eugen-Park feiert am Samstag, 8. Juli, seine neu angelegten öffentlichen Grünflächen. Das Baureferat organisiert zur Fertigstellung der Grünflächen ein Bürgerfest. Die Veranstaltung findet ab 14 Uhr im Zentrum des Quartiers auf der Wiese neben dem „Biberburg-Spielplatz" statt. Nach der Begrüßung durch Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer um 14.15 Uhr spricht Bürgermeisterin Katrin Habenschaden. Beim anschließenden Bürgerfest gibt es kulinarische Angebote für jeden Geschmack und ein abwechslungsreiches Programm auf der Bühne mit Bands und Tanzaufführungen bis 20 Uhr. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Spiel- und Sportangebote.
Die rund zwölf Hektar großen Grünflächen im Stadtquartier Prinz-Eugen-Park im Stadtteil Oberföhring entstanden auf der Fläche der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne. Das Quartier umfasst etwa 1.800 Wohnungen einschließlich einer prämierten ökologischen Mustersiedlung. Etwa ein Drittel der Gesamtfläche nehmen die neu angelegten öffentlichen Grünflächen ein. Prägend ist der wertvolle Baumbestand. Ziel der Planung war es, die vorhandenen Bäume, Wiesen und Biotope größtmöglich zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die dichten Wohncluster liegen eingebettet in den Grünflächen. Dies gibt dem neuen Stadtquartier seine eigene Identität. Zusätzlich schließt der „Prinz-Eugen-Park" im Norden und Süden an zwei vorhandene Grünzüge an. Die Bewohner*innen können ein vielfältiges, differenziertes und barrierefreies Angebot an Freizeitmöglichkeiten nutzen. Die Grünflächen gliedern sich in fünf Teilbereiche: die Grüne Mitte „Angerhain" mit einem Wasserspielplatz und dem Kletterspielplatz „Biberburg", der Südflügel mit den Sportterrassen für Jugendliche und Erwachsene, die Biotopentwicklungsfläche im Ostflügel, der Nordflügel mit zwei weiteren Spielplätzen sowie die drei Fugen in Nord-Süd-Richtung zwischen der Bebauung. Mit dem umfangreichen Wegesystem, den Sitz- und Aufenthaltsbereichen, den Holzdecks sowie den vielfältigen Spiel- und Sportflächen wurden Angebote für alle Altersgruppen geschaffen.
(Siehe auch unter Meldungen)

Geocaching, Kunst und Natur in der Parkmeile Feldmochinger Anger
(6.7.2023) Die Naturerfahrung steht im Mittelpunkt des zweiten Aktionstages in der Parkmeile Feldmochinger Anger am Samstag, 8. Juli. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung bietet gemeinsam mit dem Studio Stadt Region einen Kräuterspaziergang an sowie eine Geocaching-Tour, also eine Art Schnitzeljagd im Gelände, die auch für Einsteiger*innen ge-

eignet ist. Beide Touren dauern etwa eineinhalb Stunden. Zum Abschluss besteht zudem die Möglichkeit, an einem Pflanzenkunst-Workshop teilzunehmen. Treffpunkt ist um 14 Uhr vor dem Abenteuerspielplatz Abix an der Weitlstraße 125.
Die Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldungen bitte per E-Mail an parkmeilen-aktionen@studio-stadt-region.de. Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung auf den 15. Juli verschoben.
Die Veranstaltung ist bedingt barrierearm.
Weitere Informationen zum Förderprojekt Post-Corona-Stadt und den Parkmeilen unter *www.muenchen.de/parkmeilen*.

Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung
(6.7.2023) Die nächste Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung findet am Dienstag, 11. Juli, 16 Uhr, im Saal X auf dem Gelände des Gasteig HP8, Hans-Preißinger-Straße 2, als öffentliche Veranstaltung statt.
Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:
- Wiedervorlage aus der Sitzung vom 15.11.2022, Hochstraße 71 + 73, Neubau eines Mehrfamilienhauses (15 WE) mit Anschluss an die Tiefgarage des Nachbarn Hochstraße 75, Entwurfsverfasser: Claus Schuh Architekten, München, Bauherr: Hochstraße 71 + 73 München GbR
- Wiedervorlage aus der Sitzung vom 14.3.2023, Schwanthalerstraße 63, Neubau eines Boardinghauses als Beherbergungsstätte mit Vorder- und Hinterhaus, 100 Zimmern und insgesamt 200 Betten sowie einer separat betriebenen Gaststätte, Entwurfsverfasser: inlife Central Munich 2, Bad Heilbrunn, Bauherr: Michael Richter, manuplan, Bad Tölz (ehemals Planfabrik, Bad Tölz)
- Max-Joseph-Platz, Konzept für eine Interimsgestaltung, Freianlagenplanung: Kübert Landschaftsarchitektur, Bauherr und Konzeption: Landeshauptstadt München, Baureferat

Achtung Redaktionen: Rückfragen an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Hauptabteilung IV – Lokalbaukommission, E-Mail stadtgestaltungskommission@muenchen.de, Telefon 233-24358

PlanTreff: Innenstadt weiterdenken – Zwischenstand und Diskussion
(6.7.2023) Am Donnerstag, 13. Juli, findet um 18 Uhr die Veranstaltung „Innenstadt weiterdenken – Zwischenstand und Diskussion“ im PlanTreff, der Plattform zur Stadtentwicklung in der Blumenstraße 31, statt. Dabei wird über den aktuellen Stand des Handlungsraumkonzepts informiert.
Wie soll sich die Münchner Innenstadt bis 2040 entwickeln? Welche Ziele, welche Strategien und Maßnahmen braucht es, um die Innenstadt fit für die Zukunft zu machen? Welche Rolle spielen Klima, öffentlicher Raum, Kultur, Mobilität, Städtebau, Handel und Tourismus? Im Hinblick auf diese

Fragen erarbeitet das Referat für Stadtplanung und Bauordnung unter dem Motto „Innenstadt weiterdenken“ seit Oktober 2022 gemeinsam mit Münchner*innen und Akteur*innen aus der Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung ein Handlungsraumkonzept für die Münchner Innenstadt.
Etwa die Hälfte des Erarbeitungsprozesses ist bereits geschafft – Zeit für einen Zwischenstandbericht: Das Planungsreferat informiert nun über die Ergebnisse der ersten Beteiligungsphase, den derzeitigen Arbeitstand und gibt einen Ausblick auf das zweite Halbjahr.
Das Handlungsraumkonzept soll Ziele, Umsetzungsstrategien und Maßnahmenvorschläge für eine zukunftsgerechte Entwicklung der Innenstadt enthalten. Das Konzept soll dabei alle wichtigen Themenfelder der Innenstadt umfassen und ein Wegweiser für die nächsten 20 Jahre sein. Weitere Informationen unter *muenchen.de/innenstadt*.
Das PlanTreff-Programm beleuchtet das ganze Jahr über die vielseitigen Themen und Aufgaben des Referats für Stadtplanung und Bauordnung. Es bringt Transparenz in aktuelle Planungen, stößt den Dialog an und zeigt, wo und wie sich die Stadt verändert. Bis Ende Juli sind in einer Ausstellung die Beiträge des Münchner Schüler-Wettbewerbs zur Stadtentwicklung jeweils Dienstag bis Freitag von 12 bis 18 Uhr im PlanTreff zu sehen.
Der PlanTreff in der Blumenstraße 31 ist rollstuhlgerecht zugänglich, eine barrierefreie Toilette ist vorhanden. Alle Informationen zu den Veranstaltungen mit Anmeldemöglichkeit sind unter *muenchen.de/plantreff* zu finden.

Bayerischer Verdienstorden 2023 für Dr. Mirjam Zadoff
(6.7.2023) Mirjam Zadoff, Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München, hat den Bayerischen Verdienstorden 2023 erhalten. Die Verleihung durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder fand in der Münchner Residenz statt. In der Laudatio wurde neben ihrem beruflichen Wirken auch ihr gesellschaftliches Engagement gewürdigt: „Als Direktorin des NS-Dokumentationszentrums München hat Mirjam Zadoff dort viele eigene Akzente gesetzt, etwa mit der Einbeziehung zeitgenössischer Kunst oder der aktiven Beteiligung von Schülerinnen und Schülern. Darüber hinaus setzt sie sich in vielen weiteren Ämtern für Demokratie und eine offene Gesellschaft sowie ein lebendiges Bildungs- und Kulturleben in der Landeshauptstadt München ein.“
Für Mirjam Zadoff ist dieser Preis vor allem eine gemeinschaftlich erzielte Auszeichnung, die sie mit ihren Kolleg*innen des NS-Dokumentationszentrums teilen möchte. „Ich bedanke mich sehr für die Verleihung des Bayerischen Verdienstordens, der nicht mir allein, sondern dem ganzen Team des NS-Dokumentationszentrums München zusteht. Ich sehe es als große Verantwortung aber auch als Privileg, dass wir unsere Arbeit einer kritischen Kultur der Erinnerung und Verantwortung widmen können, und das in aller

Freiheit und ohne Einschränkungen. Dass die Bayerische Staatsregierung mir und uns dafür ihr Vertrauen ausdrückt, ist eine große Ehre und Bestätigung dafür, dass der von uns eingeschlagene Weg der richtige ist, und mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus auch heute eine Verpflichtung zu einer Politik der Menschlichkeit einhergeht."
Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Herzlichen Glückwunsch zu dieser Auszeichnung, liebe Mirjam Zadoff. Sie erkennt Ihr außerordentliches Engagement für die Demokratie, Ihre hohe Verantwortungsbereitschaft und Ihren Mut zu Neuem an. Dafür stehen Sie als Leiterin des NS-Dokumentationszentrums, aber auch als Persönlichkeit, die Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft prägt."
Die Historikerin Mirjam Zadoff leitet das NS-Dokumentationszentrum München seit 2018. Weitere Informationen zu Mirjam Zadoff und dem NS-Dokumentationszentrum unter *www.nsdoku.de*.

NS-Dokuzentrum lädt ein zur Lesung „Ein Ort namens Wut"
(6.7.2023) Im NS-Dokumentationszentrum findet am Sonntag, 9. Juli, 16 Uhr, die Lesung „Ein Ort namens Wut" mit Amani Abuzahra im Rahmen der Ausstellung ToleranzRäume in Kooperation mit Toleranz-Tunnel e.V. und dem Festival ausARTen-Perspektivwechsel durch Kunst im Münchner Forum für Islam e.V., Hotterstraße 16, statt.
Wut als Privileg? Wut ist nicht gleich Wut. Was aber tun mit Wut, die nicht sein darf? Welchen Raum bekommen wütende Marginalisierte? Amani Abuzahra erforscht ein Gefühl mit riesigem Potenzial. Wut hat viele Gründe: Ungerechtigkeit, Rassismus, Sexismus. Doch was steckt hinter dieser Wut, die auf Ausgrenzung beruht?
Amani Abuzahra stößt in ihrer Analyse auf Gefühle wie Angst, Trauer und Erschöpfung, zeichnet eine emotionale Landkarte der Marginalisierten und zeigt, dass Wut ein Ort ist, der für alle ein Kraftzentrum sein kann – wenn man den Mut hat, es zuzulassen.
Amani Abuzahara ist promovierte Philosophin, Autorin und Public Speaker. Ihre Forschungs- und Vortragstätigkeiten führten sie u.a. in die USA und die Schweiz, nach Finnland, Italien und Deutschland sowie an die Universitäten Istanbul und Eskişehir. Von EDITION F & die ZEIT wurde sie mit dem 25-Frauen-Award in der Kategorie Frauen, die mit ihrer Stimme die Gesellschaft verändern, ausgezeichnet. Aktuell forscht sie als Postdoctoral Researcher an der Sigmund-Freud-Privatuniversität Wien.
Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich.
Infos zur Barrierefreiheit unter *https://www.nsdoku.de/barrierfreiheit*.

Vortrag „Lüften und temperieren mit Solar-Luftkollektoren“

(6.7.2023) Das Bauzentrum München lädt am Dienstag, 11. Juli, 18 Uhr, ein zum Online-Infoabend „Lüften und temperieren mit Solar-Luftkollektoren“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist ausschließlich online möglich unter *https://t1p.de/t6xcm*.

Thomas Schmalschläger, Diplom-Physiker und Energieberater, stellt eine bisher weitgehend unbekannte Art der Sonnenenergienutzung vor, den vielseitig einsetzbaren Luftkollektor. Dieser wandelt Sonnenstrahlung in Wärme um, die an die durch den Kollektor strömende Luft übertragen wird. Mit der warmen Luft können Häuser oder Räume belüftet, Wohngebäude temperiert oder beheizt und Keller oder Garagen sowie Ferienhäuser in Abwesenheit der Nutzer*innen entfeuchtet werden. Im Vortrag werden verschiedene Bauarten von Luftkollektoren und benötigte Komponenten vorgestellt.

Weitere Infos unter *https://veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum*, per E-Mail an bauzentrum@muenchen.de oder telefonisch unter 546366-0.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 6. Juli 2023

Zunehmende Vermüllung in der Fußgängerzone bekämpfen II: Stadt zeigt Lösungsmöglichkeiten auf
Antrag Stadträte Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 10.8.2022

Einsatz von elektrischen Baumaschinen und Fahrzeugen durch das Baureferat
Antrag Stadtrat Hans Hammer (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 7.12.2022

Umsetzung der Wohngeldreform 2023
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 24.1.2023

**Zunehmende Vermüllung in der Fußgängerzone bekämpfen II:
Stadt zeigt Lösungsmöglichkeiten auf**
Antrag Stadträte Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 10.8.2022

Antwort Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz:

Ich nehme Bezug auf den o.g. Antrag, den mir der Oberbürgermeister zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet hat.

Sie beantragen, seitens der Landeshauptstadt München darzustellen, welche weiteren Möglichkeiten (abgesehen von den im Antrag „Zunehmende Vermüllung in der Fußgängerzone bekämpfen I“ genannten) es gibt, der Vermüllung in der Fußgängerzone Einhalt zu gebieten.

In diesem Antrag wurde die Landeshauptstadt München aufgefordert, den Reinigungsrhythmus der Straßenreinigung in diesen Bereichen in Zukunft sichtbar zu erhöhen, zudem vermehrt Abfallbehälter aufzustellen und dafür zu sorgen, dass diese auch fest genug montiert sind. Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, um die Situation zu verbessern, wurde die Landeshauptstadt München darüber hinaus aufgefordert, hierdurch Ordnungskräfte (zum Beispiel den Kommunalen Außendienst der Landeshauptstadt München) verstärkt zu kontrollieren und die ordnungsgemäße Entsorgung von Abfall sicherzustellen.

Dabei sollen auch Aspekte wie Mehrwegverpackungen oder Verpackungspfand beleuchtet werden. Zudem soll dargestellt werden, wie der aktuelle Stand zum Prüfauftrag zur Erstellung und Umsetzung eines Konzepts zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer ist (Aufträge aus den Beschlüssen 20-26/V 02912 und 20-26/V 03536).

Die Darstellung zusätzlicher Lösungsmöglichkeiten und die vorgenannten Themen Mehrwegverpackungen und Verpackungsabgabe betreffen Maßnahmen, die seitens der Verwaltung der Landeshauptstadt München noch zusätzlich ergriffen werden könnten, um die Ablagerung von Müll im Bereich der Fußgängerzone zu reduzieren.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten und teile Ihnen auf diesem Wege Folgendes mit: Die jeweils betroffenen Referate können hierzu Folgendes mitteilen:

I. Antwort des Baureferates
Das Baureferat hat in der Beantwortung zum StR-Antrag „Zunehmende Vermüllung in der Fußgängerzone bekämpfen I: Reinigungsrhythmus erhöhen und mehr Abfallbehälter aufstellen" mittels Schreiben (abgedruckt in der Rathausumschau vom 31.3.2023 – abrufbar über *https://ru.muenchen.de/pdf/2023/ru-2023-03-31.pdf*) bereits ausführlich die Maßnahmen zum Umgang mit der Vermüllung im Bereich der Fußgängerzone dargestellt. Details können den Ausführungen in diesem Schreiben entnommen werden.

II. Antwort des Kommunalreferates, Abfallwirtschaftsbetrieb München
Durch die laufende Aufklärungsarbeit des AWM zur Abfallvermeidung (z.B. bezüglich Einwegverpackungen oder Einwegbecher) kann es zu positiven Effekten in Bezug auf die Vermüllung der gezeigten Bereiche kommen. Dezidierte Marketingmaßnahmen gegen den Verpackungsmüll aus Handel und Gewerbe sind im Bereich der Fußgängerzone jedoch nicht geplant, da dieser Stoffstrom nicht im Auftrag des AWM entsorgt wird.
Dieser Stoffstrom wurde vom Bundesgesetzgeber privatisiert und zählt nicht zum Kerngeschäft des AWM, der zuvorderst für die Hausmüllentsorgung zuständig ist. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass die Fußgängerzone als Einkaufsmeile mit überregionaler Ausstrahlung von vielen in- und ausländischen Tagesgästen besucht wird, die mit einzelnen Werbemaßnahmen nur sehr schwer zu erreichen sind.

III. Antwort des Referates für Klima- und Umweltschutz
Aus Sicht des Referates für Klima- und Umweltschutzes führt die Verbesserung der Information über und Förderung des Einsatzes von Mehrweg im To-Go-Bereich von Gastronomie und Lebensmitteleinzelhandel sowie die Prüfung der Einführung einer Verpackungsabgabe zu sinnvollen und wirksamen Maßnahmen. Diese wurden bereits ergriffen, so dass ich zum Sachstand Folgendes mitteilen kann.

I. Prüfauftrag zur Erstellung und Umsetzung eines Konzepts zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer
Mit Beschluss der Vollversammlung vom 5. Mai 2021 wurde das RKU beauftragt, die Umsetzung einer kommunalen Verpackungsabgabe zu prüfen. Der Stadtrat sollte dann nach dem Ende der Corona-Pandemie wieder mit dem Thema beschäftigt werden (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 02912).

Bei der Prüfung des Konzepts stellte das RKU fest, dass über die Klage gegen die entsprechende Satzung der Stadt Tübingen, die nun in der 2. Instanz vor dem VGH Mannheim verhandelt wird, wohl erst im 1.-2. Quartal

2022 entschieden werden würde. Daher wurde bezüglich der kommunalen Verpackungsabgabe vorgeschlagen, das Urteil des VGH Mannheim abzuwarten.

Dies wurde dem Ausschuss für Klima- und Umweltschutz auch in der Sitzung am 15. März 2022 bekanntgegeben (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 03536, Ziffer 3.3)

1. Urteil des VGH Mannheim
Der VGH Mannheim hat dann doch bereits mit Urteil vom 29. März 2022 der Klage gegen die Satzung zur Erhebung einer kommunalen Abgabe auf Einwegverpackungen stattgegeben (Az.: 2 S 3814/20).

Zur Begründung führte das Gericht aus:
- Keine Kompetenz der Stadt Tübingen zur Einführung
  Die Steuer sei nach ihrem Tatbestand nicht auf Verpackungen für Speisen und Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle begrenzt (wie die Kasseler Verpackungssteuer), sondern erfasse auch den Verkauf der Produkte zum Mitnehmen.

  Damit sei normativ der örtliche Bezug der Steuer – den die Gesetzgebungskompetenz für örtliche Verbrauchs- und Aufwandsteuern nach Art. 105 Abs. 2 a GG voraussetze – nicht ausreichend sichergestellt und es sei nicht gewährleistet, dass der belastete Konsum und damit der Verbrauch der Verpackung vor Ort im Gemeindegebiet stattfänden.

- Widerspruch zum Abfallrecht des Bundes
  Die Verpackungssteuer stehe zudem in ihrer Ausgestaltung als Lenkungssteuer in Widerspruch zum aktuellen Abfallrecht des Bundes.

  Der Bundesgesetzgeber habe detaillierte Regelungen zur Vermeidung und Verwertung der gesamten Palette an Verpackungsabfällen und damit auch der Einwegverpackungen, die Gegenstand der Tübinger Verpackungssteuer seien, getroffen. Er habe damit darüber – aus Sicht des Gerichtes abschließend – entschieden, mit welchen rechtlichen Instrumenten die Ziele der Abfallvermeidung und Abfallverwertung verwirklicht werden sollten.

  Auch der Vorrang der Abfallvermeidung begründe für die Kommunen nicht die Zuständigkeit, die abfallwirtschaftliche Zielsetzung der Abfallvermeidung eigenständig „voranzutreiben“. Auch wenn das Ziel einer Reduzierung des Verpackungsaufkommens auf Grundlage der bishe-

rigen Regelungen im Verpackungsgesetz nicht (ausreichend) erreicht worden sein sollte, sei es Sache des Bundesgesetzgebers, für Abhilfe zu sorgen.

- Mangelnde Vollzugsfähigkeit
  Schließlich sei auch der Begriff der „Einzelmahlzeit", für die eine Obergrenze der Besteuerung von 1,50 Euro gelte, nicht ausreichend vollzugsfähig und verstoße damit gegen den Grundsatz der Belastungsgleichheit in Art. 3 Abs. 1 GG.

Gegen das Urteil wurde die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.

Laut Presseberichten hat die Stadt Tübingen nach entsprechender Beschlussfassung im Gemeinderat Revision eingelegt.

Das Bundesverwaltungsgericht hat nun am 24. Mai 2023 das Urteil des VGH Mannheim aufgehoben (Az.: 9 CN 1.22) und die kommunale Verpackungsabgabe als im Wesentlichen rechtmäßig bewertet.

Die Urteilsgründe liegen noch nicht vor, so dass eine rechtliche Auswertung noch nicht möglich war.

2. Bemühungen auf Bundesebene
Das Bundesumweltministerium hat eine bundesweite Sonderabgabe für Hersteller und Inverkehrbringer von Einwegkunststoffverpackungen rechtlich prüfen lassen. Das in Auftrag gegebene Rechtsgutachten kam zu dem Ergebnis, dass diese Sonderabgabe rechtlich zulässig wäre.

Dementsprechend legte das Bundesumweltministerium nun einen Entwurf zum Erlass eines Gesetzes vor, nachdem die Hersteller und Inverkehrbringer eine solche Sonderabgabe zu entrichten haben, sog. Einwegkunststofffondsgesetz. Dieses wurde nun auch seitens des Bundestages beschlossen.

Das Bundesumweltministerium teilte zudem nach Presseberichten zu dem derzeit laufenden Verfahren bezüglich der kommunalen Verpackungsabgabe der Stadt Tübingen mit:

Sobald die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vorliege, werde das Bundesumweltministerium prüfen, inwieweit ergänzende kommunale

Regelungen durch eine gesetzliche Regelung durch den Bund ermöglicht werden könnten.

II. Maßnahmenpaket Mehrweg
Das RKU hatte am 15. März 2022 im Ausschuss für Klima- und Umweltschutz ein Maßnahmenpaket zum Thema Mehrweg in Gastronomie- und Lebensmitteleinzelhandel im To-Go-Bereich wie folgt vorgestellt:

1. Aufbau einer Informationsplattform
Die Informationsplattform des gemeinnützigen Vereins rehab republic e.V. wurde bezuschusst. Sie ist dann bereits Ende März 2022 an den Start gegangen.

Unter *www.mehrwegberatung-muenchen.de* konnten und können Gastronom*innen und Lebensmitteleinzelhändler*innen Informationen und Schulungsmaterialien abrufen. Dort wird auf das Zuschussprogramm Mehrweg (siehe 2.) verlinkt sowie auf die Informationsveranstaltungen (3.) und die Möglichkeit von individuellen Beratungen (4.) hingewiesen.

2. Zuschussprogramm Mehrweg
Das beschlossene Zuschussprogramm Mehrweg wurde gestartet und war seit dem 4. April 2022 bis zum 30.November 2022 online:

So konnten sich Gastronom*innen und Lebensmitteleinzelhändler*innen online auf einer eigenen Webseite zu den Förderbedingungen informieren, Fragen stellen und online oder schriftlich einen Antrag einreichen. Die ersten Förderbescheide wurden Ende August 2022 versandt.

3. Informationsveranstaltungen
In Abstimmung mit dem Hotel- und Gaststättenverband und den betroffenen Innungen wurden am 30. Juni 2022 und am 13. Oktober 2022 jeweils Informationsveranstaltungen für Gastronom*innen und Lebensmitteleinzelhändler*innen durchgeführt.

4. Beratungstermine
Ferner bot das RKU neben der laufenden Beratung von Antragsteller*innen und sonstigen Interessierten zusammen mit rehab republic e.V. individuelle Beratungstermine für Gastronom*innen und Lebensmitteleinzelhändler*innen zwischen dem 4. Oktober 2022 und dem 28. November 2022 an.
Nach Gewährung einer Regelförderung bietet rehab republic e.V. nun auch regelmäßig digitale Beratungstermine für die betroffenen Betriebe an.

5. Initiative Mehrweg
Ende 2022 wurde eine Initiative Mehrweg ins Leben gerufen, die alle Akteur*innen zusammenbringen und den Prozess der Umstellung auf Mehrweg kontinuierlich begleiten soll. Das nächste Treffen ist für Juni 2023 geplant.

6. Vollzug des Verpackungsgesetzes
Die untere Abfallrechtsbehörde, die im Referat für Klima- und Umweltschutz angesiedelt ist, kontrolliert zudem die Einhaltung des sog. Mehrweggebotes (§§ 33, 34 VerpackG) stichprobenartig seit Anfang 2023. Bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen werden Bußgeldverfahren eingeleitet.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Einsatz von elektrischen Baumaschinen und Fahrzeugen durch das Baureferat
Antrag Stadtrat Hans Hammer (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 7.12.2022

Antwort Baureferat:

Ihr Antrag vom 7.12.2022 zielt darauf ab, dass die Stadtverwaltung den Einsatz von elektrischen Baumaschinen und Fahrzeugen durch das Baureferat bzw. durch beauftragte Firmen (wie Straßenreinigung und Winterdienst) auf Praktikabilität hin prüft und im Falle einer positiven Prüfung ein Konzept zum Austausch der bisher im städtischen Einsatz befindlichen Baumaschinen und Fahrzeuge erarbeitet.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlauben wir uns, Ihren Antrag mit Schreiben zu beantworten und teilen Ihnen Folgendes mit:

Das Baureferat beschafft die erforderlichen Fahrzeuge gemäß der innerstädtischen Aufgabenverteilung über das Direktorium, Vergabestelle 1.

Das Direktorium führt zu Ihrem Antrag Folgendes aus:
„Die Umstellung des städtischen Fuhrparks auf alternative und insbesondere elektrische Antriebe war bereits Gegenstand zahlreicher Stadtratsbeschlüsse der vergangenen Jahre. Die Vergabestelle 1 des Direktoriums hat mit Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V08053 am 21.12.2022 zuletzt ausführlich zur Marktsituation alternativer Antriebe im Fahrzeugbereich und zum aktuellen Stand der Fuhrparkumstellung in den Fuhrparks berichtet sowie die für die nächsten Jahre nötigen Schritte und Finanzmittel dargestellt. Gleichzeitig wurde auch die Beschaffungsrichtlinie für städtische Dienstfahrzeuge neu gefasst und an die Marktsituation angepasst. Die gefassten Beschlüsse sind auch für den Fuhrpark des Baureferates einschlägig und werden bei allen Beschaffungen umgesetzt. Für den Bereich der mobilen Maschinen und Arbeitsmaschinen, zu denen ein Großteil des Baureferats-Fuhrparks gehört, ist in der Beschaffungsrichtlinie Folgendes ausgeführt: ‚Im Segment der mobilen Maschinen und Arbeitsmaschinen dominieren nach wie vor Dieselantriebe den Markt. Vor diesem Hintergrund sollen städtische Fahrzeuge in diesem Segment dann mit batterie-elektrischem oder anderem klimaneutralem Antrieb beschafft werden, wenn es ein entsprechendes Angebot auf dem Markt gibt, das auch die Anforderungen an den Einsatz in wesentlichen Punkten erfüllt. Geringfügige Einbußen, z.B. bezüglich Reichweite oder Maschinenleistung müssen dabei akzeptiert werden. Andernfalls werden Dieselfahrzeuge mit der besten ver-

fügbaren Abgasemissionseinstufung Stufe V beschafft. Die Überprüfung und abschließende Freigabe der Beschaffung obliegt der Bedarfsprüfung durch die Vergabestelle 1.‘“

Aufgrund der gegebenen Altersstruktur im Fuhrpark beabsichtigt das Baureferat, in den kommenden Jahren eine Vielzahl an Fahrzeugen und Arbeitsmaschinen durch neue/zeitgemäße Modelle zu ersetzen. Die hierfür erforderlichen strukturellen Anpassungen (Lademöglichkeiten im Bereich der Dienststellen etc.) müssen parallel umgesetzt werden.

Das Baureferat prüft bei jeder Ausschreibung von Straßenreinigungs- und Winterdienstarbeiten, inwieweit umweltbezogene Vergabekriterien unter Berücksichtigung der aktuell gegebenen Marktsituation angewendet werden können. Den mit Straßenreinigungs- und Winterdienstarbeiten im öffentlichen Verkehrsraum beauftragten Firmen wird deshalb empfohlen, auf eine zukunftsorientierte und somit umwelt- und klimafreundliche Investitionsplanung bei der Maschinen- und Fahrzeugauswahl zu achten.

Das Referat für Klima- und Umweltschutz hat dieses Antwortschreiben mitgezeichnet.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass der Antrag damit abschließend behandelt ist.

Umsetzung der Wohngeldreform 2023
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 24.1.2023

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

In Ihrer Anfrage vom 24.1.2023 führen Sie Folgendes aus:
„Seit der Einführung der Wohngeldreform 2023 bleiben bei den Antragstellenden immer noch viele Fragen offen.
Die Bundesbauministerin hat in einem aktuellen Interview Folgendes angemerkt: Da es leider zu Verzögerungen bei der Auszahlung kommt, können auch vorläufige Bescheide erstellt werden und auch Gelder bereits ausgezahlt werden.“

Die Erledigung konnte nicht in der in der geschäftsordnungsgemäßen Frist erledigt werden. Auf die Terminverlängerungen wurden Sie am 10.3.2023 und 22.5.2023 schriftlich hingewiesen. Für Ihre Geduld bedanke ich mich.

Zu Ihrer Anfrage vom 24.1.2023. nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie viele Anträge des alten Jahres sind noch offen?

Antwort:
Nach einer aktuellen Recherche sind noch 7.906 Fälle offen, davon sind 2.118 in der Bearbeitung bei der Sachbearbeitung, dies bedeutet, noch fehlende Unterlagen wurden angefordert, bzw. ggf. notwendige Prüfungen/Freigaben müssen noch erteilt werden, dann kann der Bescheid erlassen werden. Der Rest, 5.788 Fälle warten im Pool auf die Bearbeitung und werden nach dem Eingangsdatum entnommen und die Bearbeitung wird begonnen.

Frage 2:
Wie viele Anträge sind bereits im neuen Jahr eingegangen?

Antwort:
In den ersten drei Monaten des Jahres 2023 sind 6.627 Anträge eingegangen.

Frage 3:
Wie lange wird die Neubearbeitung dauern?

Antwort:
Wie in der Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 096136 (Beschluss der Vollversammlung vom 16.3.2023) auf Seite 2 ff. dargestellt, konnten neun Sachbearbeiter*innen eingestellt werden. Um die steigende Anzahl von Wohngeldanträgen von Rentner*innen zügiger bearbeiten zu können, wurden Ende Dezember 2022 bis zum 30.6.2023 4 VZÄ Sachbearbeiter aus dem Bereich Registrierung und Vergabe eingesetzt. Diese waren vorher zur Unterstützung bei S-III-MF tätig. Um neben den vier Nachwuchskräften, die vermutlich im Juni 2023 eingesetzt werden können, weitere Sachbearbeitungen auf noch freie Stellen zu erreichen, wurde Anfang April 2023 eine weitere Stellenausschreibung veranlasst. Durch diese personellen Ausweitungen werden sich nach Abschluss der Einarbeitung die Erledigungszahlen erhöhen und damit auch eine wieder schnellere Bearbeitung und kürzere Wartezeiten bis zur Bescheiderteilung ermöglicht werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die Einarbeitung weiter positiv verläuft und keine Mitarbeiter*innen in andere Arbeitsbereiche wechseln.

Frage 4:
Macht die LHST München von der Möglichkeit des vorläufigen Bescheids Gebrauch?

Antwort:
Aktuell ist die Umsetzung im Fachverfahren noch nicht gegeben. Vermutlich steht diese Erweiterung ab Mai 2023 zur Verfügung.
Wie in der Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 07959 (Beschluss der Vollversammlung vom 21.12.2022) auf Seite 11, Absatz 2 dargestellt, entspricht der Bearbeitungsaufwand für die vorläufige Bescheiderteilung dem der endgültigen Bescheiderteilung. Bei der vorläufigen Bescheiderteilung muss nach einer gewissen Zeit eine Nachbearbeitung erfolgen, deshalb ist ein doppelter Aufwand nötig. Mit einer Härtefallprüfung werden ggf. dringliche Fälle einer vorgezogenen Bearbeitung zugeführt und ein endgültiger Bescheid kann erlassen werden. Mit dieser Herangehensweise wird eine vorhersehbare Doppelbearbeitung vermieden.

Frage 5:
Wie viele Bescheide werden für die 18 Monate ausgestellt?

Antwort:
Die Anzahl dieser Fälle ist über das Fachverfahren nicht auswertbar. Seit Beginn der Corona-Pandemie wird die damals gültige Ausweitung des Bewilligungszeitraumes auf 18 Monate für Fälle mit gleichbleibendem Ein-

kommen (meist Rentenbezug) angewandt. Seit dem 1.1.2023 wird von der neuen Regelung, den Bewilligungszeitraum auf 24 Monate für alle gleichbleibenden Einkommen zu legen, Gebrauch gemacht. In den Fällen mit nicht konstantem Einkommen wird die Regelung der Verlängerung des Bewilligungszeitraumes auf 18 Monate nach den Umständen des Einzelfalles und unter Berücksichtigung der Geschäftslage angewandt.

Frage 6:
Mit welchen Bearbeitungszeiten rechnet das Referat für die offenen Anträgen aus 2022 und für die neuen Anträge aus 2023?

Antwort:
Siehe auch Frage 3. Die Nennung genauer Bearbeitungszeiten ist leider nicht möglich, da dies auch mit den nicht bekannten zukünftigen Antragszahlen zusammenhängt. Grundsätzlich sollte, mit den unter der Antwort zu Frage 3 beschriebenen Maßnahmen, im Lauf des zweiten Halbjahres 2023 eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten möglich sein.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 6. Juli 2023

Kostenloses Wasser auf der Wiesn
Antrag Stadtrats-Mitglieder Nikolaus Gradl, Roland Hefter, Anne Hübner, Barbara Likus, Lars Mentrup, Klaus Peter Rupp, Dr. Julia Schmitt-Thiel, Julia Schönfeld-Knor, Andreas Schuster, Felix Sproll, Christian Vorländer (SPD/Volt-Fraktion), Beatrix Burkhardt, Michael Dzeba, Alexandra Gaßmann, Hans Hammer, Hans-Peter Mehling, Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER), Anja Berger, Beppo Brem, Dominik Krause, Clara Nitsche, Julia Post, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Professor Dr. Jörg Hoffmann, Gabriele Neff, Richard Progl, Fritz Roth (FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion)

Finanzielle Nachteile der Arbeit im Hebammenkreißsaal ausgleichen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Babor, Michael Dzeba, Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm, Winfried Kaum, Hans-Peter Mehling und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

München handelt gegen den Fachkräftemangel I: Ausbildung im öffentlichen Dienst weiter stärken
Antrag Stadtrats-Mitglieder Roland Hefter, Anne Hübner, Christian Köning, Barbara Likus, Dr. Julia Schmitt-Thiel und Micky Wenngatz (SPD/Volt-Fraktion)

München handelt gegen den Fachkräftemangel II: Beschäftigte in der Altenhilfe angemessen bezahlen!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Roland Hefter, Anne Hübner, Christian Köning, Barbara Likus, Christian Müller, Cumali Naz und Micky Wenngatz (SPD/Volt-Fraktion)

Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, das Sparen zu fördern sowie Einführung von Filialquote für Sparkassen und Zugang zu Krediten zu gewährleisten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

Stadtrat

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Anträge und Anfragen liegt bei den jeweiligen Stadtratsmitgliedern. Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 06.07.2023

Kostenloses Wasser auf der Wiesn

Antrag

Das Wirtschaftsreferat wird in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München beauftragt, auf dem Münchner Oktoberfest kostenlose Trinkwasserstellen einzurichten. Dies soll, wenn möglich, bereits zur Wiesn 2023 passieren.

Begründung

Angesichts der allgemeinen Kostensteigerungen werden in diesem Jahr leider auch die Preise für Getränke auf dem Münchner Oktoberfest steigen. Die Wiesn soll aber ein Volksfest für alle Menschen bleiben. Die Einrichtung von kostenlosen Wasserstellen wäre gerade für Jugendliche, Familien mit Kindern oder Seniorinnen und Senioren praktisch, die sich auf der Wiesn treffen, Karussellfahren oder einfach nur über das Festgelände spazieren wollen, ohne ein Zelt zu besuchen. Große Festivals haben mit ähnlichen Angeboten bereits sehr gute Erfahrungen gemacht – davon sollen auch die Münchnerinnen und Münchner profitieren.

SPD/Volt-Fraktion	**CSU mit Freie Wähler**	**Die Grünen – Rosa Liste**	**FDP - Bayernpartei**
Roland Hefter	Manuel Pretzl	Anja Berger	Gabriele Neff
Anne Hübner	Hans Hammer	Sebastian Weisenburger	Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Nikolaus Gradl	Hans-Peter Mehling	Julia Post	Fritz Roth
Barbara Likus	Alexandra Gaßmann	Dominik Krause	Richard Progl
Lars Mentrup	Beatrix Burkhardt	Clara Nitsche	
Klaus Peter Rupp	Michael Dzeba	Beppo Brem	
Dr. Julia Schmitt-Thiel			
Julia Schönfeld-Knor			
Andreas Schuster			
Felix Sproll			
Christian Vorländer			
Mitglieder des Stadtrats	Mitglieder des Stadtrats	Mitglieder des Stadtrats	Mitglieder des Stadtrats

CSU-FW-Fraktion im Stadtrat | Tel.: 089 233 92650 | Fax: 089 233 92747 | csu-fw-fraktion@muenchen.de

Antrag

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

06.07.2023

Finanzielle Nachteile der Arbeit im Hebammenkreißsaal ausgleichen

Die Landeshauptstadt München (LHM) wird aufgefordert, zunächst zu prüfen und dann ein passendes Konzept zu erarbeiten, wie Verdienstausfälle von Hebammen, die im Hebammenkreißsaal arbeiten und dadurch vergleichsweise weniger verdienen, durch die LHM – vollständig oder auch anteilig – ausgeglichen werden können.

Begründung

Die LHM bekommt in diesem Jahr ihren ersten Hebammenkreißsaal in der Rotkreuzklinikum München gGmbH. Ab Herbst 2023 werden die ersten Geburten im dortigen Hebammenkreißsaal erwartet. Das ist eine gute Nachricht für den gesamten Gesundheitsstandort München, da die medizinische Versorgungslandschaft durch ein interventionsarmes geburtshilfliches Angebot im klinischen Setting erweitert wird.
Laut aktueller Presseberichterstattung [1] bedeutet die Einrichtung für die dort arbeitenden Hebammen finanziell aber eine erhebliche Verschlechterung. Demnach sei der neue Kreißsaal „[a]uch für die Hebammen […] ein Draufzahlgeschäft. Denn für eine Geburt würden sie nur einen Stundenlohn von 40 Euro erhalten. Minus Steuern blieben etwa 15 Euro, rechnet Sylvia Kiel vor, die den Hebammenkreißsaal stellvertretend leiten soll. Normalerweise betreuen Hebammen mehrere Frauen gleichzeitig und können dementsprechend mehr verdienen."
Um den Hebammenkreißsaal und die dort arbeitenden Hebammen gerade zu Beginn bestmöglich zu unterstützten, könnte die LHM ein Konzept entwickeln, um die fehlenden Verdienste auszugleichen.

Manuel Pretzl (Initiative)
Fraktionsvorsitzender

Alexandra Gaßmann
Stadträtin

Ulrike Grimm
Stadträtin

Andreas Babor
Stadtrat

Hans-Peter Mehling
Stadtrat

Michael Dzeba
Stadtrat

Winfried Kaum
Stadtrat

[1] https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/das-ist-gut/hebammen-haben-im-rotkreuzklinikum-das-sagen-ein-kreisssaal-ohne-arzt-art-910046

SPD Volt FRAKTION IM MÜNCHNER STADTRAT

Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt . Rathaus . 80313 München

ANTRAG

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

06.07.2023

München handelt gegen den Fachkräftemangel I: Ausbildung im öffentlichen Dienst weiter stärken

Antrag

Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Stärkung der städtischen Ausbildung angesichts der besonderen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nochmals zu vertiefen. Dabei soll v.a. dargelegt werden, wie die Rolle der Ausbilder*innen in den Referaten gestärkt werden kann. Dies soll geschehen durch die Schaffung von Ausbildungsbeauftragten in den Referaten sowie durch die Zurechnung von mehr Zeit für Ausbildungstätigkeit, ggf. durch Hinterlegung von höheren, adäquaten Zeitanteilen in den Arbeitsplatzbeschreibungen. Die Qualität der Ausbildungsplätze soll standardisiert erhoben und ausgewertet werden.

Begründung

Die Zufriedenheit von Auszubildenden hängt maßgeblich auch von der jeweiligen Ausbildungsqualität in den Referaten ab. Eine Optimierung der Ausbildung kann hier einen erheblichen Beitrag zur Erhöhung der Ausbildungszufriedenheit leisten und hat damit zumindest indirekt auch Einfluss auf die Bewerbungszahlen.

Durch die institutionelle Schaffung von qualifizierten Ausbildungsbeauftragten in den Referaten wird eine koordinierte, einheitliche und hochwertige Ausbildung sichergestellt. Ausbildungsbeauftragte fungieren als Koordinator*innen und Ansprechpartner*innen für Auszubildende und örtliche Ausbilder*innen gleichermaßen. Sie sollen Bindeglied zwischen der Ausbildung des PORs und den Referaten sein. Sie sind Erstanlaufstelle für Auszubildende, Ansprechpartner*in bei Problemen und Konflikten. Sie koordinieren die örtlichen Ausbildungsplätze und Ausbilder*innen ihres Referates und gewährleisten die Einhaltung von Standards. Ihre Rolle soll mit einem Musterarbeitsvorgang und einem adäquaten Zeitanteil in die Arbeitsplatzbeschreibung aufgenommen werden.

Bessere und intensivere Betreuung der Auszubildenden verursacht mehr Aufwand bei den örtlichen Ausbilder*innen. Neben einer verpflichtenden Aufnahme der Ausbilder*innentätigkeit in die Arbeitsplatzbeschreibung sollte diesem Umstand dadurch Rechnung getragen werden, dass ein entsprechend höherer Zeitanteil als bisher für Ausbildungstätigkeiten kalkuliert wird. Dieser sollte in der Regel deutlich über 5 Prozent liegen.

Um ein Bild von der Qualität der örtlichen Ausbilder*innen, der Ausbildungsplätze und der Aufgaben zu erhalten, soll ein stadtweites, standardisiertes Ausbildungscontrolling aufgebaut

werden. In Form einer schnell auswertbaren Zufriedenheitsanalyse nach Abschluss der jeweiligen Ausbildungsstation soll so eine Analysemöglichkeit entstehen, die dezidierte Auswertungen zulässt. Den Ausbildungsbeauftragten in den Referaten (s.o.) kann auch hier eine wichtige Rolle zukommen.

gez.

Micky Wenngatz
Christian Köning
Anne Hübner
Roland Hefter
Barbara Likus
Dr. Julia Schmitt-Thiel

Fraktion SPD/Volt

Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathausmuenchen.de

SPD Volt FRAKTION IM MÜNCHNER STADTRAT

Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt . Rathaus . 80313 München

ANTRAG

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 06.07.2023

München handelt gegen den Fachkräftemangel II: Beschäftigte in der Altenhilfe angemessen bezahlen!

Antrag

Das Sozialreferat und das Personal- und Organisationsreferat werden beauftragt, die Mitarbeiter*innen bei der Stadt und bei den freien Trägern, die in der Arbeit mit Seniorinnen und Senioren tätig sind, künftig besser zu bezahlen. Alle Spielräume im Tarifwerk des TVöD sind auszunutzen. Die besondere Schwierigkeit der sozialpädagogischen Tätigkeit muss anerkannt werden.

Spätestens zum 1.1.2024 sollen bei der Stadt und bei den freien Trägern folgende Höhergruppierungen vorgenommen werden:

- Reguläre Tätigkeiten in den Alten- und Service-Zentren, Beratungsstellen, Seniorentreffs und Seniorenwohnanlagen und vergleichbaren Angeboten: S12 statt S11b
- Verwaltungstätigkeit im Bereich der Altenhilfe bei den freien Trägern (v.a. in den ASZ): mindestens EG7 statt bisher EG6
- Leitung der Alten- und Service-Zentren: S17 statt bisher S15

Der Personalreferent wird darüber hinaus gebeten, sich über den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Beschäftigten der BSA 60+ und der Betreuungsstellen künftig in S14 statt wie bisher in S12 bezahlt werden können.

Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathausmuenchen.de

München SPD Volt

Begründung

Die Beschäftigten in der Altenhilfe leisten dieselbe wertvolle Arbeit wie die in der Kinder- und Jugendhilfe und die in den Nachbarschaftstreffs. In weiten Teilen durch den Tarifvertrag verursachte strukturelle Nachteile bei der Bezahlung dieser Sozialpädagoginnen und -pädagogen sollen endlich ausgeglichen werden. Dazu soll die Stadt alle Ermessensspielräume nutzen und spätestens zum Jahr 2024 die Höhergruppierungen ermöglichen.

In den Teilbereichen, in denen eine Tarifvertragsänderung notwendig ist, soll die Verwaltung ihre schon erfolgten Bemühungen nachdrücklich verstärken. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Arbeit mit an Leib und Leben gefährdeten Seniorinnen und Senioren weniger wertvoll ist als die mit Kindern und Jugendlichen.

Die entstehenden Mehrkosten kann das Sozialreferat aus dem Budget tragen. Die hier beantragten Eingruppierungsveränderungen sind dem Amt für Soziale Sicherung seit Jahren ein Anliegen, das durch diesen Antrag Unterstützung erfahren soll. Die bessere Bezahlung und einhergehende angemessene Wertschätzung für die Beschäftigten in allen Bereichen der Altenhilfe sind ein weiterer notwendiger Baustein, um dem Fachkräftemangel im Sozialbereich zu begegnen.

gez.

Anne Hübner
Christian Köning
Micky Wenngatz
Simone Burger
Roland Hefter
Barbara Likus
Christian Müller
Cumali Naz

Stadtratsmitglieder

Fraktionsgemeinschaft SPD/Volt
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathausmuenchen.de

Antrag

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 05.07.2023

Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, das Sparen zu fördern sowie Einführung von Filialquote für Sparkassen und Zugang zu Krediten zu gewährleisten

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtsparkasse München möge sich verpflichten, ein flächendeckendes Filial- und Geldautomatennetz in den Stadtbezirken zu unterhalten sowie das Sparen zu fördern und Zinsen auf Sparguthaben für Sparkassenkunden wieder zu erhöhen**.** Der Zugang zu Krediten muss auch älteren Sparkassenkunden möglich bleiben im Hinblick auf energetische Sanierungen.

Begründung:
Als öffentliche Institution ist es Aufgabe der Sparkassen, für die Menschen da zu sein. Die Erzielung von Gewinnen sollte dabei nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes sein. Schließungen von Zweigstellen und Abbau von Bankautomaten erschweren den Menschen den Zugang zu Bankdienstleistungen und Bargeld. Darüber hinaus gibt es Kunden, die keine digitalen Möglichkeiten nutzen bzw. nutzen können.

Auch dem gesetzlichen Auftrag, das Sparen zu fördern, werden die Institute nur dann gerecht, wenn sie risikofreie Anlagemöglichkeiten anbieten. Dem stehen jedoch Massenkündigungen von Sparverträgen oder zu wenig gezahlte Zinsen trotz mehrfacher Leitzinserhöhungen entgegen.

Die Verbraucherzentralen von Bayern, Brandenburg und Hessen haben nun ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um die Voraussetzungen für verbraucherschützende Vorgaben in den Sparkassengesetzen zu prüfen. Der Verwaltungswissenschaftler Prof. Janbernd Oebbecke kommt zu dem Ergebnis, dass solche Maßnahmen ohne weiteres möglich sind, sofern die Politik es will. Insbesondere betont er dabei die Zulässigkeit, den öffentlichen Geldinstituten soziale Aufgaben zuzuschreiben. Die Forderungen stellen sich u. a. wie folgt dar:

- Gewinnerzielungsabsicht nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes; etwaige Gewinne sind nicht für sparkassenfremde Zwecke zu verwenden.
- Mindestanzahl und Verteilung von personenbedienten Filialen und Geldautomaten gesetzlich zu bestimmen.
- Die Sparkassen zu verpflichten, Einlagen von Kunden in Höhe der gesetzlichen Einlagensicherung anzunehmen und zu verzinsen.
- Basiskonten nicht teurer anzubieten, als das Standard-Girokonto.
- Die Sparkassen zu verpflichten, keine Kunden zu diskriminieren und insbesondere auch älteren Kunden Umkehrhypotheken sowie Kredite für Senioren, die Eigentum an einer werthaltigen Immobilie haben (konkret: Kreditvergabe auch dann, wenn absehbar ist, dass der Kredit

im Rahmen der voraussichtlichen Lebenserwartung nicht mehr zurückgeführt werden kann) anzubieten.

- Die Sparkassen zu verpflichten, Bankauszahlpläne anstelle meist teurer Sofortrentenversicherungen anzubieten.

Im Übrigen kann das Gutachten über folgenden Link eingesehen werden:

gutachten-sparkassen-und-verbraucherschutz-janbernd-oebbecke.pdf (verbraucherzentrale-hessen.de)

Initiative:

Iris Wassill	Markus Walbrunn	Daniel Stanke
ea. Stadträte	ea. Stadtrat	ea. Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 6. Juli 2023

Odeonsplatz: Bus-Umleitungen am Wochenende wegen Klassik Open Air
Pressemitteilung MVG

Halbzeit bei der Weichenerneuerung am Sendlinger Tor: Bauarbeiten laufen planmäßig
Pressemitteilung MVG

Vier Tage lang „Bühne frei!“ im Gasteig HP8: Einmal im Rampenlicht der Isarphilharmonie
Pressemitteilung Gasteig München GmbH

Die presserechtliche Verantwortung für die nachfolgenden Pressemitteilungen liegt jeweils bei der Beteiligungsgesellschaft, die sie herausgibt.

MVG Information für die Medien

06.07.2023

Odeonsplatz: Bus-Umleitungen am Wochenende wegen Klassik Open Air

Am Wochenende werden die NachtBuslinien N40, N41, N45 in den Nächten von Samstag, 8. Juli, auf Sonntag und von Sonntag, 9. Juli, auf Montag in der Innenstadt teilweise umgeleitet. Grund dafür sind die Konzerte der Reihe „Klassik am Odeonsplatz“ am Wochenende.

Im genannten Zeitraum entfällt bei den drei Linien die Haltestelle Odeonsplatz, in Richtung Klinikum Großhadern/Fürstenried West/Waldperlach (Süd) zusätzlich die Haltestelle Von-der-Tann-Straße.

Hinweis: Die Linien 100 und 153 halten wegen Straßenbauarbeiten am Altstadtring seit 22. Mai bis auf Weiteres ebenfalls nicht am Odeonsplatz.

Die MVG informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen und Tickertexten an den Haltestellenüber die Änderungen. Alle Informationen sind außerdem auch auf mvg.de sowie in der App „MVG Fahrinfo München“ abrufbar.

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

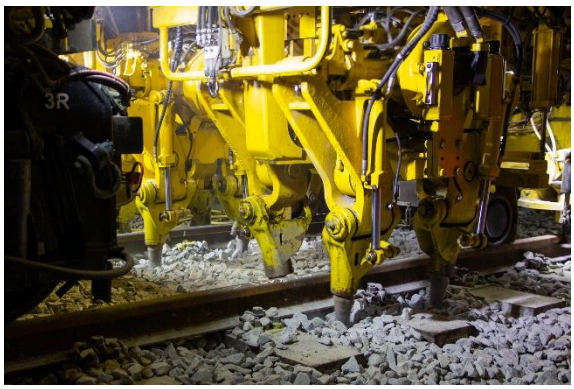
06.07.2023

Halbzeit bei der Weichenerneuerung am Sendlinger Tor: Bauarbeiten laufen planmäßig

Die Arbeiten zur Weichenerneuerung südlich des U-Bahnhofs Sendlinger Tor laufen seit ihrem Beginn am 12. Juni planmäßig. Mittlerweile ist die Halbzeit der Maßnahme erreicht. Ab Montag, 31. Juli, können die Fahrgäste der U-Bahnlinien U3 und U6 voraussichtlich wieder wie gewohnt durch die Innenstadt fahren. Der Ersatzverkehr wird dann eingestellt.

Eine Stopfmaschine verdichtet den Schotter und legt so die Lage der Gleise fest, damit diese die Züge tragen.

In den verbleibenden drei Wochen werden wir zwischen den U-Bahnhöfen Sendlinger Tor und Goetheplatz noch eine Weiche auf Gleis 1 inklusive 200 Tonnen Schotter und Schwellen sowie ein Kilometer Stromschiene ausgetauscht. Die Weiche auf Gleis 2 in Richtung Goetheplatz und die Weiche am Abstellgleis sind bereits erneuert. Gleichzeitig wurde der Unterbau – etwa 400 Tonnen Schotter inklusive Schwellen – sowie ein



Mit vier Stopfhämmern pro Schiene rüttelt die Maschine, bis der Schotter ausreichend verdichtet ist. Die Stopfmaschine überprüft dann die korrekte Lage der Gleise.

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

Kilometer Stromschiene ausgetauscht.

Neben der Erneuerung der Weichen inklusive Schotter und Schwellen sowie der Stromschienen, führen die Stadtwerke München (SWM) und die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) weitere Maßnahmen durch, um zusätzliche Sperrungen zu vermeiden. So wird die Elektronik im Tunnel auf den neuesten Stand gebracht und die Hintergleisfassade an den Bahnsteigen am U-Bahnhof Goetheplatz modernisiert. Dort werden am Montag, 10. Juli, die Seiten gewechselt. Dann wird Gleis 1 gesperrt und Gleis 2 wird wieder freigegeben.

Änderungen für die Fahrgäste ab Montag, 10. Juli
Der Seitenwechsel hat auch leichte Auswirkungen für die Fahrgäste. Der Pendelzug im Abschnitt Odeonsplatz – Sendlinger Tor und die U3 im Abschnitt Goetheplatz – Implerstraße fahren ab Montag auf Gleis 2 statt auf Gleis 1.

Für alle Fahrgäste, die vom Goetheplatz in Richtung Klinikum Großhadern fahren, ist das einer Erleichterung: Sie können jetzt am U-Bahnhof Implerstraße am selben Bahnsteig von der U3 in die U6 umsteigen.

MEDIENINFORMATION
6. JULI 2023

Bei „Bühne frei!" in der Isarphilharmonie ist von Musik bis Yoga fast alles möglich © Benedikt Feiten/Gasteig

Vier Tage lang „Bühne frei!" im Gasteig HP8

Einmal im Rampenlicht der Isarphilharmonie

Wer selbst einmal auf der großen Bühne stehen will, kann sich mit etwas Glück diesen Traum erfüllen. Die Bewerbungsfrist läuft.

Bis 30. Juli können sich alle bewerben, die 45 Minuten lang die Bühne der Isarphilharmonie im Gasteig HP8 aus einer ganz neuen Perspektive erleben wollen. Gefragt sind gute Ideen ebenso wie gute Gründe. An vier Tagen, vom **31. August bis 3. September**, kann man dort zum Beispiel tanzen, singen, musizieren, meditieren oder Geschichten erzählen – egal ob solo, als Duo, Chor, Band oder Gruppe.

„Die Idee dahinter ist: Auch die Bühne in der Isarphilharmonie ist für alle da," sagt **Gasteig-Geschäftsführer Max Wagner.** „Was daraus letztes Jahr entstanden ist, war unglaublich: diese Vielfalt, diese Begeisterung, dieses pure Glück – uns war sofort klar: Das muss es wieder geben."

Beim ersten „Bühne frei!" im Spätsommer vergangenen Jahres konnten insgesamt 40 Auftritte realisiert werden - von der jungen Cellistin bis zur Rockband, vom Breakdancer mit Ghettoblaster bis zur Yoga-Gruppe. Eine Amateurpianistin spielte in dem großen Konzertsaal ganz allein für ihren Ehemann – ein Geschenk zum Hochzeitstag. Und eine ehemalige Friseurmeisterin erfüllte sich mit über 80 den Traum, einmal auf großer Bühne „Für mich soll's rote Rosen regnen" zu singen.

Damit sich wirklich alle auf die Bühne trauen, ist die Isarphilharmonie auch dieses Jahr an den **ersten drei Tagen** nur für ein selbst mitgebrachtes, exklusives Publikum von **maximal 20 Personen** reserviert. Wen aber das große, öffentliche Rampenlicht lockt, sollte sich für **Sonntag, 3. September** anmelden: Dann ist der Saal zum ersten Mal den ganzen Tag **für alle Zuschauer*innen geöffnet**.

Als symbolische „Saalmiete" und Teilnahmegebühr bittet der Gasteig alle, die ausgewählt werden, um eine Spende für einen guten Zweck. Zur Wahl stehen der Verein Music Connects, der Geflüchteten im Norden Ugandas durch Musikunterricht und Konzerte neue Lebensperspektiven bietet, oder C.O.N. SONANZA , ein Kultur- und Sozialprojekt für Kinder und Jugendliche aus München.

Bühne frei! – Dein Auftritt in der Isarphilharmonie

31. August – 3. September, 10-21 Uhr

Gasteig HP8, Isarphilharmonie

Hans-Preißinger-Straße, 81379 München

Die Fakten:

Zeit: 45-minütige Zeitfenster zu jeder vollen Stunde zwischen 10:00 und 21:00 Uhr

Anmeldung: Bis zum 30.7. über ein Bewerbungsformular auf gasteig.de/buehnefrei anmelden

Kosten: Ein Beitrag in selbst festgelegter Höhe, alle Spenden gehen an die Vereine Music Connects e. V. und C.O.N. SONANZA e. V.

Publikum: Vom 31.8. bis 2.9. maximal 20 selbst ausgewählte Zuschauer*innen, ansonsten ist der Saal leer. Am 3.9. ist die Isarphilharmonie für reguläres Publikum geöffnet.

Ausstattung: Leere Bühne, ein Steinway-Konzertflügel, Auftrittslicht, minimale tontechnische Ausstattung

Pressefotos zum Download finden Sie im Pressebereich unserer Webseite unter https://www.gasteig.de/pressefotos/.

O-Töne von Teilnehmenden an „Bühne frei!" im letzten Jahr liegen bereit unter Presse - Gasteig München .
Interviewanfragen richten Sie gerne an uns.

Pressekontakt

Michael Amtmann

Leiter Kommunikation / Pressesprecher

Melanie Brandl

Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: +49 (0)89 480 98-161

presse@gasteig.de

Geschäftsführer: Max Wagner | Vorsitzende des Aufsichtsrats: Bürgermeisterin Katrin Habenschaden | Sitz der Gesellschaft: München | Registergericht: Amtsgericht München HRB 68 399 | USt-IdNr.: 129353868 | Finanzamt München | Beteiligungsgesellschaft der Landeshauptstadt München | Gasteig München GmbH | Rosenheimer Straße 5 | 81667 München | Tel.: +49 (0)89.4 80 98-131 | Fax: +49 (0)89.4 80 98-1000 | E-Mail: presse@gasteig.de